



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAFIE

GUT LEBEN IM ALTER

DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL GEMEINSAM GESTALTEN

Der landesweite Beteiligungsprozess in Rheinland-Pfalz



Gut für Generationen
Zusammenland Rheinland-Pfalz

IMPRESSUM

Herausgeber:

**Ministerium für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz**

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Bauhofstraße 9

55116 Mainz

www.msagd.rlp.de

Gestaltung: www.grafikbuero.com

Druck: Schmidt Printmedien, Ginsheim-Gustavsburg

Stand: Mai 2015

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einer politischen Gruppe verstanden werden könnte.

INHALT

Grußwort Sabine Bätzing-Lichtenthäler	2
Einleitung Dr. Matthias Krell	6
1. Beteiligung schafft Veränderung – Der Beteiligungsprozess	
„Gut leben im Alter – den demografischen Wandel gemeinsam gestalten“	8
1.1 Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“ und der landesweite Beteiligungsprozess	8
1.2 Die Regionalforen	10
1.3 Die kommunalen Beteiligungsworkshops „Gut leben im Alter“	13
1.3.1 Ergebnisse der kommunalen Beteiligungsworkshops	17
2. Die Zukunft beginnt jetzt – Projekte für ein gutes Leben im Alter	24
2.1 Der Aufbau der Projektdarstellung	25
2.2 Beispielhafte Projekte im Einzelnen	25
2.3 Handlungsfeld 1: Selbstbestimmt Wohnen im Alter	25
2.4 Handlungsfeld 2: Mobil und fit im Alter	31
2.5 Handlungsfeld 3: Im Alter gut und sicher leben	35
2.6 Handlungsfeld 4: Solidarität der Generationen stärken	40
2.7 Handlungsfeld 5: Beteiligung älterer Menschen stärken	44
2.8 Weitere Projekte aus den kommunalen Beteiligungsworkshops „Gut leben im Alter“	49
3. So kann es weitergehen – der Aktionsplan für Ihre Kommune	53

GRUSSWORT



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen den Bericht über den Beteiligungsprozess „Gut leben im Alter – den demografischen Wandel gemeinsam gestalten“ vorlegen zu können.

Der landesweite Prozess, den wir Anfang 2012 gestartet haben, hat unterstrichen, was den Menschen in Rheinland-Pfalz für ihr Alter wichtig ist. Die etwa 1.400 Frauen, Männer und Jugendlichen, die sich in den Regionalforen und kommunalen Workshops eingebracht haben, haben klar formuliert: Sie möchten auch im Alter entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Sie möchten möglichst lange gesund und aktiv bleiben und bei Bedarf Zugang haben zu guten, bezahlbaren Angeboten insbesondere in der medizinischen und pflegerischen Versorgung, der Nahversorgung und der Mobilität. Sie möchten auch im Alter in weitgehender materieller und sozialer Sicherheit leben. Ein gutes Miteinander der Generationen ist ihnen ebenso wichtig wie das Gefühl, gebraucht zu werden, auch im Alter am Leben teilzuhaben und sich für Familie, Freunde, Nachbarschaft und Gesellschaft engagieren zu können.

Diese Anliegen hat die Landesregierung schon 2010 mit ihrem Aktionsplan „Gut leben im Alter“ aufgegriffen, den die damalige Sozial-

ministerin und heutige Ministerpräsidentin Malu Dreyer beim 6. Seniorenkongress in Mainz vorgestellt hat. Der Aktionsplan beschreibt die wesentlichen Ziele sowie die damals bereits laufenden oder geplanten Maßnahmen der rheinland-pfälzischen Seniorenpolitik in den Handlungsfeldern „Selbstbestimmt Wohnen im Alter“, „Mobil und fit im Alter“, „Im Alter gut und sicher leben“, „Solidarität der Generationen stärken“, „Beteiligung älterer Menschen stärken“.

Seitdem hat sich viel getan in Rheinland-Pfalz.

Mit Beginn der laufenden Legislaturperiode im Frühjahr 2011 hat die Landesregierung den demografischen Wandel zu einem Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. In enger Zusammenarbeit aller Fachministerien wurde die Demografiestrategie „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“ entwickelt. Übergeordnetes Ziel dieser Strategie ist, den demografischen Wandel in Rheinland-Pfalz so zu gestalten, dass die Menschen auch in Zukunft in allen Teilen des Landes gut leben können.

Dabei hat die Landesregierung alle Altersgruppen im Blick: die Kinder und Jugendlichen, die Menschen im erwerbsfähigen Alter und nicht zuletzt die alten und hochaltrigen Menschen. Die Weiterentwicklung des Aktions-

plans „Gut leben im Alter“ ist deshalb ein wichtiger Bestandteil der Demografiestrategie der Landesregierung.

Nähere Informationen zur Demografiestrategie der Landesregierung finden Sie unter **www.demografie.rlp.de**

Dass wir den Aktionsplan über einen breit angelegten Beteiligungsprozess weiterentwickeln, entspricht dem Anliegen der Landesregierung, die Bürgerbeteiligung insgesamt zu stärken und unterstreicht den Slogan der Demografiestrategie: „Zusammenland Rheinland-Pfalz“.

Die Landesregierung ist sich bewusst: Sie kann den demografischen Wandel nicht allein gestalten. Weil der Wandel sich auf alle Lebensbereiche in jeder Region, jeder Stadt und jeder Gemeinde unseres Landes auswirken wird, muss der Umgang mit den Folgen des Wandels zur Alltagsaufgabe für alle Verwaltungen, Betriebe sowie alle weiteren öffentlichen und privaten Einrichtungen und Organisationen werden. Eine erfolgreiche Demografiepolitik ist deshalb auf die Zusammenarbeit mit und von Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Akteurinnen und Akteuren angewiesen. Auch der Sachverstand und das Engagement der einzelnen Bürgerinnen und Bürger sind gefordert. Nur zusammen können

wir den Herausforderungen des demografischen Wandels wirksam begegnen und seine Chancen für alle nutzbar machen.

Wie groß die entsprechende Bereitschaft im Land ist, hat die erste rheinland-pfälzische Demografiwoche im Herbst 2013 mit 320 Veranstaltungen von etwa 200 Veranstaltern deutlich gemacht. Auch die beachtliche Liste der mehr als 60 Erstunterzeichner der Anfang 2015 vorgelegten „Gemeinsamen Erklärung“ zur Demografiepolitik in Rheinland-Pfalz zeigt, dass die Verantwortlichen von Organisationen und Institutionen in allen Lebensbereichen die Notwendigkeit zum Handeln erkennen und entsprechend aktiv sind.

Schließlich ist die breite Beteiligung an der Weiterentwicklung und Belebung des Aktionsplans „Gut leben im Alter“ ein starker Beleg für das große Interesse und die Bereitschaft der Frauen, Männer und Jugendlichen im Land, sich in die Gestaltung der Lebensbedingungen einzubringen.

Durch den Beteiligungsprozess ist die Frage nach einem guten Leben im Alter in das ganze Land getragen worden. In sieben Regionalforen und 18 kommunalen Workshops haben Verantwortliche aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen sowie Bürgerinnen und Bürger gemeinsam diskutiert:

Was brauchen wir für ein gutes Leben im Alter? Was gibt es bereits und was fehlt noch? Was können wir selbst gemeinsam mit anderen zu einem guten Leben in unserem Dorf, unserer Gemeinde, unserer Stadt oder unserem Quartier beitragen? Aus diesem Prozess sind viele neue Initiativen, Aktionen und Projekte entstanden. Sie reichen von der Ehrenamtsbörse über den Bürgerbus bis hin zum Wohnprojekt.

Weil es vor allem die Kommunen sind, die wesentliche Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter schaffen, hatten sie eine zentrale Rolle im Beteiligungsprozess: als Ausrichter der Workshops, als Koordinator und Motor für die Entwicklung und Umsetzung der Projekte vor Ort. Ich freue mich, dass so viele Verantwortliche in den Kommunen diese Rolle angenommen und ausgefüllt haben. Sie haben gezeigt, dass sie trotz oftmals sehr schwieriger Haushaltslage Gestaltungsmöglichkeiten haben. Dafür danke ich ihnen sehr.

Die Kommunen wurden im Beteiligungsprozess beraten und begleitet von der Servicestelle „Gut Leben im Alter“, die mit finanzieller Förderung der Landesregierung von Ende 2011 bis Ende 2014 bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. eingerichtet war. Die Servicestelle hat die Kommunen bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Workshops unterstützt (u.a. durch eine Moderation) und durch

eine fortgesetzte Begleitung der Vorhaben in Form von Nachtreffen dazu beigetragen, dass sehr viele Projekte weiterverfolgt wurden. Dafür gilt der Landeszentrale mein herzlicher Dank.

Ziele des Beteiligungsprozesses „Gut leben im Alter – den demografischen Wandel gemeinsam gestalten“ waren

- Anstoß zu geben, sich bewusst mit den Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter auseinanderzusetzen
- Bürgerinnen und Bürger an der Zielsetzung einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik zu beteiligen (was brauchen wir für ein gutes Leben im Alter?)
- alle Ressourcen beim Finden von Lösungen einzubinden
- die Selbsthilfe und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken
- neue Projekte zu initiieren und umzusetzen
- das Voneinanderlernen und das Vervielfältigen guter Ansätze anzuregen
- das Bilden von Netzwerken in den Kommunen zu stärken
- den Austausch unter den Kommunen zu fördern.

All das haben wir mit dem Prozess zu einem guten Teil bereits erreicht. Das macht der vorliegende Bericht deutlich, den die Servicestelle „Gut leben im Alter“ erstellt hat. Der Bericht beschreibt den Prozess insgesamt sowie Workshops und Projekte in einzelnen

Kommunen. Dadurch will er Verantwortliche zum aktiven Gestalten motivieren und zum Voneinanderlernen und Nachahmen guter Beispiele anregen.

Parallel zum Beteiligungsprozess hat die Landesregierung ihre Maßnahmen für ein gutes Leben im Alter im Rahmen der Demografiestrategie weiterentwickelt, zum Beispiel mit dem „Demografiecheck“ für neue Landesgesetze und Landesverordnungen, mit dem Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“, mit dem neuen Modellprojekt „Gemeindeschwester^{plus}“, mit vielfältigen Maßnahmen zur Förderung eines bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnangebots (Landeswohnraumförderungsgesetz, Koordinierungsstelle WohnPunkt RLP, Landesberatungsstelle „Neues Wohnen Rheinland-Pfalz“ etc.) oder auch mit der Initiative zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements „Ich bin dabei!“. Diese Maßnahmen kommen nicht ausschließlich, aber eben auch den älteren Menschen im Land zugute.

Gemeinsam sind wir also in den vergangenen Jahren ein gutes Stück weitergekommen auf dem Weg zu einem guten Leben im Alter. Darauf dürfen und werden wir uns nicht ausruhen. Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten, dass die Menschen auch im Alter in Rheinland-Pfalz gut leben können!

Die Landesregierung wird dazu weiteren Kommunen die Möglichkeit bieten, Beteiligungsworkshops für die demografiefeste Entwicklung ihrer Dörfer, Städte oder Quartiere zu nutzen. Sie wird außerdem mit unterschiedlichen Instrumenten (wie Tagungen, Foren) den Kommunen immer wieder die Möglichkeit bieten, sich anzusehen und anzuhören: Wie machen es denn die anderen?

Es gibt viele sehr gute Beispiele in Rheinland-Pfalz, von denen wir alle lernen können. Ich freue mich, Ihnen im vorliegenden Bericht einige dieser beispielhaften Prozesse und Projekte vorstellen zu können und hoffe, dass Sie diese für Ihre eigene Arbeit nutzen können. Ich bin gespannt auf Ihre Reaktionen.



Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Ministerin für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Demografie
des Landes Rheinland-Pfalz

EINLEITUNG



Sehr geehrte Damen und Herren,

ein gutes Leben im Alter ist eine verlockende Vorstellung – jeder von uns kann ohne lang nachzudenken etwas benennen, was ihm für das Wohlergehen im Alter wichtig erscheint. Dazu gehören nicht nur individuelle Faktoren, etwa Gesundheit, materielle Absicherung, genug freie Zeit oder ein guter Kontakt zu Familie und Freunden. Vielmehr sind über die Erfüllung dieser persönlichen Wünsche hinaus auch die Bedingungen und Strukturen im unmittelbaren Wohnumfeld entscheidend für die wahrgenommene Lebensqualität. Der demografische Wandel macht es nötig, hier aktiv gestaltend einzugreifen. Altersgerechte Angebote, die den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft entgegen kommen, die soziale Gemeinschaft stärken und gesundheitsfördernd wirken, steigern die Attraktivität der Kommunen und führen zu mehr Lebensqualität im Alter.

Der Ihnen vorliegende Bericht der Servicestelle „Gut leben im Alter“ der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) dokumentiert die Ergebnisse des

landesweiten Beteiligungsprozesses, der wichtige Faktoren für attraktive Lebensbedingungen für alte Menschen benennt. Der Bericht zeigt die Ideen und Wünsche, die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz gemeinsam mit ihren Kommunen entwickelt haben, um für ihre Gemeinden und Städte gute und altersgerechte Lebensbedingungen zu realisieren.

Ausgangspunkt des Prozesses war der 2010 von der rheinland-pfälzischen Landesregierung veröffentlichte Aktionsplan „Gut leben im Alter“. Ihm liegt zugrunde, dass es des Engagements der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger bedarf, um die Chancen des demografischen Wandels für ein gutes Leben im Alter nutzen zu können. Die gleichnamige Servicestelle, die im September 2011 in der LZG eingerichtet wurde, koordinierte in den folgenden Jahren den landesweiten Beteiligungsprozess.

Dabei begleitete die Servicestelle u.a. 18 ausgewählte Stadt- und Gemeindeverwaltungen bei der Organisation von kommunalen Beteiligungsworkshops. Diese hatten zum Ziel, unter Federführung der Kommunen gemein-

sam mit Bürgerinnen und Bürgern Projekte zu entwerfen, die zu einem guten Leben im Alter vor Ort beitragen. Die Servicestelle stellte für die Workshops eine professionelle Moderation zur Verfügung, war während des gesamten Prozesses Ansprechpartnerin für die Kommunen und beriet sie in verschiedenen Nachtreffen, um den Fortgang der geplanten Projekte zu unterstützen. Im letzten Schritt dokumentierte die Servicestelle die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses im vorliegenden Bericht.

Wir sind überzeugt, dass die aufgeführten Beispiele aus den kommunalen Workshops – von Bürgerbussen und Ehrenamtsbörsen über Beratungsstellen bis hin zu Mehrgenerationentreffs – geeignet sind, viele andere Kommunen in Rheinland-Pfalz zu motivieren, sich zusammen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern auf den Weg in die Zukunft zu machen.

Mit der Projektstelle „Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz“, der Servicestelle für kommunale Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung, der Landesberatungsstelle „Neues Wohnen RLP“ und dem

Landes-Netz-Werk Demenz steht die LZG auch weiterhin den Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Die Tatsache, dass Menschen heute auf ein langes Leben zählen dürfen und das Alter als eine Lebensphase verstehen, die sie aktiv mitgestalten wollen, ist historisch betrachtet neu. Die LZG will die Kommunen weiterhin darin unterstützen, die daraus resultierenden Chancen zu nutzen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine inspirierende Lektüre!



Dr. Matthias Krell

Geschäftsführer Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG)



1. BETEILIGUNG SCHAFFT VERÄNDERUNG

DER BETEILIGUNGSPROZESS „GUT LEBEN IM ALTER
– DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL GEMEINSAM GESTALTEN“

1.1 Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“ und der landesweite Beteiligungsprozess

Rheinland-Pfalz steht wie alle Länder in Deutschland im Zeichen des demografischen Wandels. Diese Entwicklung – die Menschen bleiben länger gesund und werden älter, die Bevölkerung nimmt ab und die Zahl der Älteren steigt – stellt uns vor Herausforderungen, die von keinem gesellschaftlichen Akteur alleine bewältigt werden können. Vielmehr sind alle Kräfte in unserem Land und alle Bürgerinnen und Bürger gefragt, wenn es gilt, den Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv zu begegnen, die sich bietenden Chancen zu erkennen und zu nutzen.

Der demografische Wandel umfasst praktisch alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“, den die rheinland-pfälzische Landesregierung 2010 vorlegte, nahm die zukunftsorientierte Seniorenpolitik in den Blick. Hier wurden zum ersten Mal die zahlreichen innovativen Ansätze und Maßnahmen des Landes in diesem Bereich gebündelt und in fünf Handlungsfelder gefasst:

1. Selbstbestimmt Wohnen im Alter

In diesem Handlungsfeld geht es um Maßnahmen, die darauf abzielen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz auch im Alter und bei Pflege- oder Unterstützungsbedarf wohnen können, wo und wie sie möchten.

2. Mobil und fit im Alter

Hier sind Maßnahmen dargestellt, die den Wunsch der Menschen aufgreifen, möglichst lange gesund zu bleiben und auch im Alter das Erreichen zu können, was sie für ihr tägliches Leben brauchen: Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Apotheken, Freizeit- und Kulturangebote.

3. Im Alter gut und sicher leben

In diesem Handlungsfeld setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz sich auch im Alter sicher fühlen können, dass sie insbesondere vor Armut und Kriminalität geschützt sind und als Verbraucherinnen und Verbraucher ernst genommen werden.

4. Solidarität der Generationen stärken

Mit den hier aufgeführten Maßnahmen will die Landesregierung neue Orte und Anlässe schaffen, damit die Generationen sich auch in Zukunft begegnen, voneinander lernen und profitieren können.

5. Beteiligung älterer Menschen stärken

In diesem Handlungsfeld ergreift die Landesregierung Maßnahmen, um die Erfahrungen, die Energie und die Motivation älterer Menschen zu nutzen. Gleichzeitig soll ihre Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen sichergestellt werden.

Der Aktionsplan gab darüber hinaus einen Überblick, was bislang von der Landesregierung in diesen Feldern erreicht wurde. Zudem wurden hier die nächsten Schritte skizziert, wie dem demografischen Wandel in der Seniorenpolitik weiter zu begegnen sei.

Da die Landesregierung die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift, startete die damalige Sozialministerin und heutige Ministerpräsidentin Malu Dreyer zu Beginn des Jahres 2012 den landesweiten Beteiligungsprozess „Gut leben im Alter – Den demografischen Wandel gemeinsam gestalten“. Im Rahmen des Beteiligungsprozesses sollten Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz motiviert werden, sich Gedanken über ihr Leben im Alter zu machen und die Voraussetzungen dafür mitzugestalten. Dabei stellten sich viele Fragen: Wie wollen wir im Alter leben? Wie wohnen? Wie können wir möglichst lange fit und selbstbestimmt bleiben? Wie können wir auch im Alter aktiver Teil der Gesellschaft sein?

Bei der Beantwortung dieser Fragen gilt es, die Bürgerinnen und Bürger nicht alleine zu lassen. Deshalb wurde der Beteiligungsprozess in zwei Phasen organisiert. In einem ersten Schritt wurden die Entscheidungsträgerinnen und -träger der Kommunen und alle in der Seniorenarbeit tätigen Einrichtungen und Organisationen der Landkreise und kreisfreien Städte angesprochen, um sie über die Hintergründe des demografischen Wandels, die Ziele des Aktionsplans „Gut leben im Alter“ und des Beteiligungsprozesses zu informieren. Dies geschah in sieben Regionalforen, die über ganz Rheinland-Pfalz

verteilt veranstaltet wurden. In der zweiten Phase des Beteiligungsprozesses wurden an 18 ausgewählten Orten im Land in Zusammenarbeit mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern der

Regionalforen kommunale Beteiligungsworkshops durchgeführt. Hier galt es, mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Projekte für ein gutes Leben im Alter zu entwerfen.

1.2 Die Regionalforen

Zwischen Februar und Juni 2012 fanden sieben Regionalforen in Mainz, Simmern, Trier, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Daun und Koblenz statt. Hier trafen sich insgesamt über 800 Landrätinnen und -räte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Sozialdezernentinnen und -dezernenten, Seniorenbeirätinnen und -räte sowie Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, Vereinen und der verschiedensten sozialen Einrichtungen.

Im ersten Teil der Tagesveranstaltungen legten die damalige Sozialministerin Malu Dreyer oder die damalige Staatssekretärin Jaqueline Kraege das Programm und die Ziele des landesweiten Beteiligungsprozesses dar. Im Anschluss daran präsentierten die Referenten der Philosophisch-Theologischen Hochschule

Vallendar und der Universität Köln, Prof. Dr. Frank Weidner und Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zum demografischen Wandel.

Danach hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im zweiten Teil Gelegenheit, sich im Rahmen von Diskussionsrunden an verschiedenen Tischen über die Fragen: „Wie stelle ich mir ein gutes Leben im Alter vor?“ und „Was kann ich selbst dazu beitragen?“ auszutauschen. Nach der Methode des „World-Cafés“ saßen Gruppen zu acht bis zehn Personen im moderierten Gespräch zusammen und notierten ihre Antworten und Gedanken auf Papiertischdecken. Die Notizen der World-Cafés wurden anschließend gesammelt und dokumentiert.

Die damalige Sozialministerin und heutige Ministerpräsidentin Malu Dreyer auf dem Regionalforum Trier am 5. März 2012

Die damalige Staatssekretärin Jaqueline Kraege auf dem Regionalforum in Koblenz am 5. Juni 2012



Die Ergebnisse der World-Cafés aus den Regionalforen

Die Ergebnisse aus den sieben World-Cafés wurden analysiert und zusammengefasst. Dabei zeigte sich, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – aus so unterschiedlichen beruflichen Bereichen und Regionen sie auch kommen – recht ähnliche Vorstellungen von einem guten Leben im Alter haben.

1. Selbstbestimmt Wohnen im Alter

Das Thema „Wohnen“ war eines der bestimmenden in den Regionalforen. Über den „Wohlfühlwohnraum“ im Alter – so eine Teilnehmerin – wurde mit am meisten diskutiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben hierbei überwiegend den Wunsch geäußert, im Alter zu Hause bleiben zu können. Sollte dies nicht mehr möglich sein, wollen sie aus altersgerechten und individuellen Wohnmöglichkeiten auswählen können. Als mögliche Wohnform wurden auch Senioren-Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnhäuser gesehen. Von Bedeutung war darüber hinaus ein gutes nachbarschaftliches Umfeld.

2. Mobil und fit im Alter

Am häufigsten wünschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Regionalforen, im Alter gesund und mobil bleiben zu können. Eine Voraussetzung dafür sei ein gut ausgebauter Personennahverkehr, vor allem auf dem Land. Weiterhin wichtig seien vielfältige Angebote im Lebensumfeld, etwa Kulturinstitutionen und Orte, an denen man sich treffen könne. Um geistig und körperlich fit zu bleiben, bedarf es nach Meinung vieler einer aktiven Freizeitgestaltung und entsprechender Angebote der örtlichen Vereine für Seniorinnen und Senioren.

3. Im Alter gut und sicher leben

Bei diesem Punkt herrschte große Übereinstimmung in dem Wunsch, im Alter in finanzieller Sicherheit leben zu können. Um dieses Ziel zu

erreichen, wurde die zentrale Bedeutung von Planung und Vorsorge unterstrichen. Als Grundlagen eines guten und sicheren Lebens im Alter gelten den meisten zudem gut ausgebaute Pflegestrukturen und die Finanzierbarkeit der pflegerischen Unterstützung. Darüber hinaus wurden an den Tischen ein flexibles Renteneintrittsalter und neue, altersgerechte Arbeitszeitmodelle für den Übergang in die Rente und in der Rente selbst gefordert.

4. Solidarität der Generationen stärken

Es war Konsens unter den Gesprächspartnern, dass der Zusammenhalt der Familie, die Pflege der Freundschaften und des persönlichen sozialen Netzwerks Teil eines erfüllten Lebens im Alter sind. Ein wichtiges Element dabei ist das Miteinander der Generationen. Ziel muss es sein, Räume für generationenübergreifende Begegnungen zu schaffen, von denen Jung und Alt profitieren.

5. Beteiligung älterer Menschen stärken

Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des World-Cafés wollen auch im Alter einen persönlichen Beitrag zum Zusammenleben in der Gesellschaft leisten. Es herrschte breiter Konsens, dass, um ein funktionierendes Miteinander und Gemeinwesen zu gestalten, auch viel Eigenverantwortung und persönlicher Einsatz gehört. Vor allem auf diesem Feld könne die Kommune nicht alle Aufgaben alleine übernehmen. Darüber hinaus formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Wunsch, auch in dieser Phase des Lebens gebraucht zu werden und eine sinnvolle Aufgabe zu haben. Gerne möchten sie Lebenserfahrung, Wissen und Kompetenzen einsetzen und weitergeben. Durch den Aufbau u. a. von Ehrenamtsbörsen soll das Anbieten von Engagement aber auch das Nutzen von Unterstützungsangeboten vereinfacht werden.

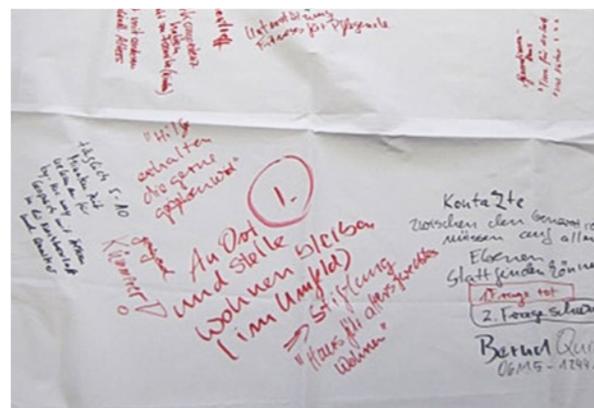


World-Café, Regionalforum Kaiserslautern am 28. März 2012

Auf das World-Café folgte eine Talkrunde, die das jeweilige Regionalforum beschloss. Hier saßen Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, der Landkreise und Kommunen der jeweiligen Region zusammen und diskutierten gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die Ergebnisse der Veranstaltung sowie Fragen, die im Laufe des World-Cafés aufgekommen waren. Im Rahmen der Talkrunde wurden zudem Perspektiven entworfen, wie sich die Region den Aufgaben des demografischen Wandels in Zukunft stellen kann.

Für ländlich geprägte Kreise wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kleinen, zwischen 500 und 800 Einwohner umfassenden Gemeinden zu begegnen. Oft genannte Themen waren in diesem Zusammenhang

die Landflucht, die medizinische Versorgung und die Verkehrsverbindungen. Für die Städte drängten sich andere Handlungsfelder auf, etwa Fragen alternativer Wohnformen, der Integration und der Vereinsamung älterer Menschen. Landkreis- und stadtübergreifend bildete die Situation der Pflege vor Ort ein Thema von zentraler Bedeutung.



Tischdecke, World-Café Regionalforum Mainz am 8. Februar 2012

1.3 Die kommunalen Beteiligungsworkshops „Gut leben im Alter“

In der ersten Phase des landesweiten Beteiligungsprozesses standen die Information und der Austausch mit den Verantwortlichen der Seniorenarbeit und -politik auf den sieben Regionalforen im Mittelpunkt. In einem zweiten Schritt wurden in ganz Rheinland-Pfalz 18 – vom Land moderierte – kommunale Beteiligungsworkshops veranstaltet, um mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern Projekte für ein gutes Leben im Alter zu erarbeiten.

Die Orte, an denen die Workshops veranstaltet werden sollten, wurden in einem offenen Vergabeverfahren ermittelt. Alle Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz konnten sich um den Zuschlag bewerben. Es wurde bei der Auswahl darauf geachtet, eine möglichst gute geografische Verteilung über Rheinland-Pfalz zu erreichen. Zudem sollten kleinere, ländlich geprägte Kommunen, Verbandsgemeinden, aber auch kreisfreie Städte mit einzelnen Stadtteilen an der zweiten Phase des Beteiligungsprozesses teilnehmen.

In den ausgewählten Kommunen wurde die Einladung zu den Workshops sowie die Koordination des weiteren Ablaufs bewusst an die örtlichen Verwaltungen übergeben. Damit sollte deutlich werden, dass die Bewältigung der, aus dem demografischen Wandel entstehenden Aufgaben nicht nur in der Verantwortung der Landesregierung, sondern vielmehr in der der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger liegt.

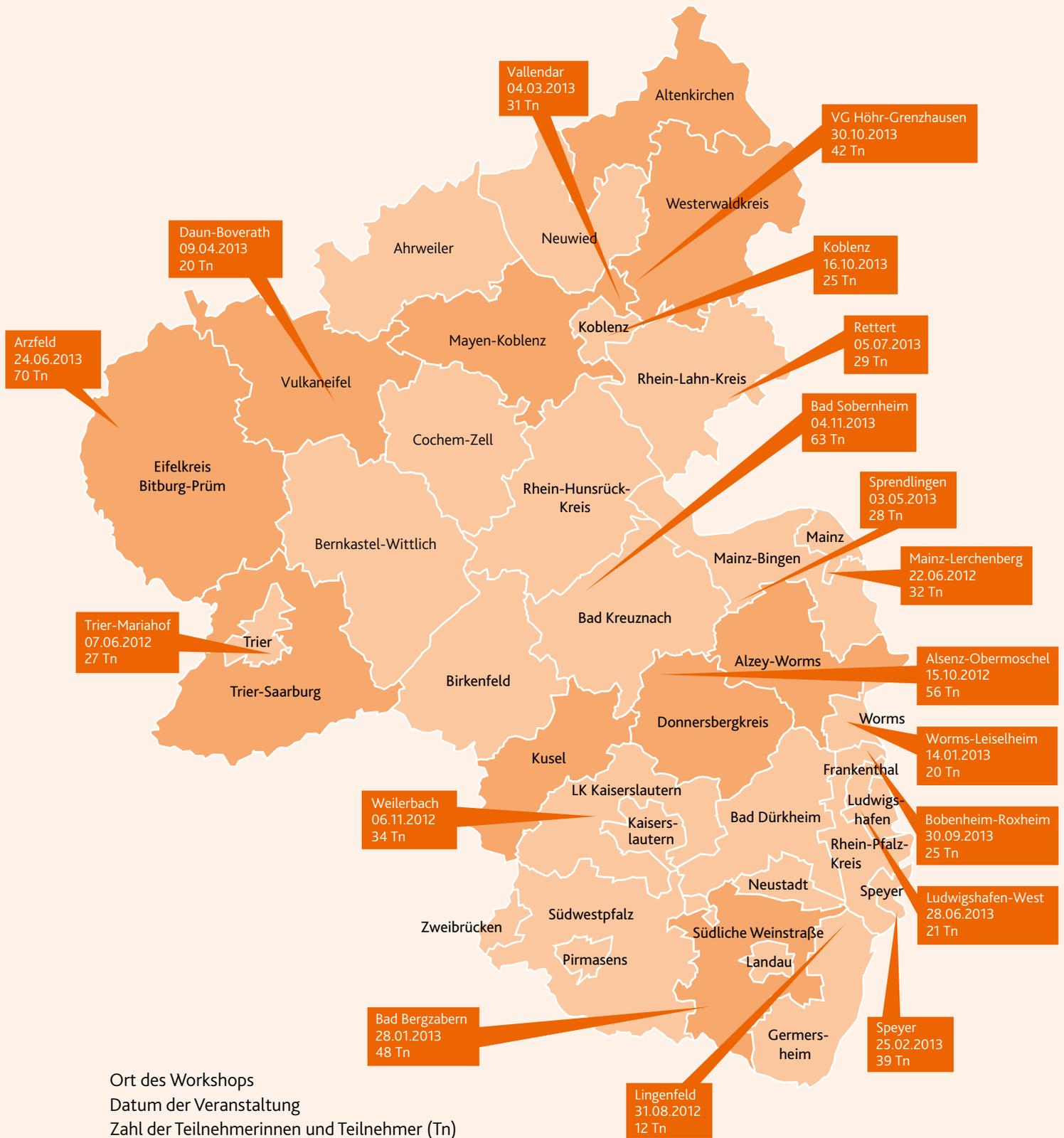
Die Kommunen luden daraufhin interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik, von Verbänden und Vereinen, Pflege, Wirtschaft, Kirchen und Schulen zu den Workshops ein. Insgesamt kamen zu den 18 Beteiligungsworkshops über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (siehe Karte). Mit ihnen wurden viele konkrete Projekte entwickelt, wie die Zukunft des Alterns vor Ort besser und dem demografischen Wandel angemessen gestaltet werden kann. Herausragendes Ziel der



Talkrunde auf dem Regionalforum Trier am 5. März 2012, Moderator Norbert König (ZDF), die heutige Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Landrat Günther Schartz (Trier-Saarburg), Oberbürgermeister Klaus Jensen (Trier), v. l. n. r.

Veranstaltungen war es, die Anwesenden zu motivieren, sich für die Umsetzung der Vorhaben selbst zu engagieren und nicht die Verantwortung für eine entsprechende Realisierung an die öffentliche Verwaltung oder private Einrichtungen vor Ort abzugeben.

Kommunale Beteiligungsworkshops „Gut leben im Alter“



Dies alles vor dem Hintergrund, dass die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die der Mithilfe aller Bewohnerinnen und Bewohner der Kommune bedarf.

Kurze Grußworte der lokalen Verantwortlichen und Organisatoren sowie einführende Erläuterungen zum Aktionsplan „Gut leben im Alter“ von Vertreterinnen und Vertretern des Demografieministeriums leiteten in die halbtägigen Workshops ein. In den ersten sechs Veranstaltungen zeichnete sich ein Team der TU Kaiserslautern um die Stadtsoziologin Frau Professor Annette Spellerberg verantwortlich für den Ablauf der Veranstaltungen; in den weiteren zwölf Workshops übernahm das Team des Beratungszentrums Kobra, Landau, mit Martin Theodor als Moderator die Leitung der Workshops.

Methodisch wurden die Workshops in Form von Zukunftswerkstätten abgehalten. Die Zukunftswerkstatt ist ein Verfahren, in der alle Beteiligten Experten in eigener Sache sind. Die lokale Bevölkerung wird dabei dazu angeregt, kreativ eigene Lösungen für vorher festgelegte gesellschaftliche oder kommunale Herausforderungen zu entwickeln. Auf diese Weise werden Menschen, die sonst eher Objekt von Zukunftsplanungen sind, zu Handelnden eben dieser Planungen.

Die Zukunftswerkstatt war in drei Arbeitsschritte gegliedert: In einer ersten, der Kritik- oder auch „Mecker-Runde“, waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgefordert zu nennen, was ihnen in ihrer Kommune zu einem guten Leben im Alter fehlt. Dazu wurde in den Workshops an den verschiedenen Tischen intensiv diskutiert und die Kritikpunkte auf Karteikarten festgehalten, die im Anschluss gut sichtbar an Pinnwände gesteckt wurden.

In der zweiten, der Utopiephase, waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu aufgefordert, alles aufzuschreiben, was sie sich für ihre Gemeinde wünschen, was diese zu einem Ort machen kann, in dem es sich im Alter gut leben lässt.

In einem dritten Schritt, der Arbeitsphase, wählten die Anwesenden aus den vielen Wünschen verschiedene Ideen aus, aus denen Projekte entstehen sollten. Im Anschluss fanden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich für ein bestimmtes Vorhaben interessierten, zusammen und gründeten eine Projektgruppe, um die Umsetzung des Projektes nach Beendigung des Beteiligungsworkshops zu verfolgen.

Veranstaltungsmethode „Zukunftswerkstatt“

Ablauf der Zukunftswerkstatt	
Kritikphase	<p>„Meckerrunde“ zum Abladen von Kritik Was fehlt mir für ein gutes Leben im Alter (an meinem Wohnort)?</p> <p>Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren in ihrer Gruppe und halten die Kritik auf Karteikärtchen fest. Diese werden für alle sichtbar an Pinnwänden angebracht.</p>
Konstruktiv werden	Die Ergebnisse aus der „Kritikphase“ werden an den Pinnwänden in Themenbereiche strukturiert
Utopiephase	<p>Was wünsche ich mir für ein gutes Leben im Alter (an meinem Wohnort)?</p> <p>Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren in ihrer Gruppe und notieren alle Wünsche, seien sie auf den ersten Blick noch so aufwendig oder abwegig, auf Karteikärtchen. Diese werden wieder für alle gut sichtbar an Pinnwänden angebracht.</p>
Konkret werden	<p>Abstimmung unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, welche der Wünsche (Utopien) umgesetzt werden sollen.</p> <p>Für die Abstimmung bekommen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehrere farbige Klebepunkte. Diese können sie alle auf einmal für ein Projekt vergeben oder auf mehrere Projektideen verteilen. Die Punkte werden auf die Karteikärtchen an den Pinnwänden geklebt.</p>
Arbeitsphase	<p>Wie können die Projektideen mit der höchsten Punktzahl umgesetzt werden?</p> <p>Auf vorbereiteten Plakaten entwickeln Bürgerinnen und Bürger, die sich für das Vorhaben interessieren, das konkrete Projekt.</p> <p>Dies geschieht entlang der zuvor schon auf das Plakat notierten W-Fragen: Was? Wie? Wer? Wann? Wo?</p> <p>Auf dem Plakat werden schriftlich die Ideen für die Umsetzung in die Praxis und die Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich engagieren wollen, festgehalten.</p>
Feedback und Verabschiedung	

1.3.1 Ergebnisse der kommunalen Beteiligungsworkshops

Ergebnisse Kritikphase:

In allen Beteiligungsworkshops waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Kritikphase sehr aktiv. Deutlich wurde auf diese Weise, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Gemeinde und ihr Wohnquartier sehr gut kennen und sich Gedanken über deren bzw. dessen Entwicklung machen. Im Laufe des Beteiligungsprozesses wurden in den 18 Veranstaltungen Kritikpunkte in großer Zahl geäußert. Diese lassen sich in Kategorien zusammenfassen und in die Handlungsfelder des Aktionsplans „Gut leben im Alter“ einordnen.

Selbstbestimmt Wohnen im Alter:

Das Thema „Wohnen im Alter“ spielte in den Beteiligungsworkshops eine große Rolle. Ortsübergreifend wurde die Einrichtung alternativer Wohnformen wie „Betreutes Wohnen“, Mehr-Generationen-Wohnen, genossenschaftliche Wohnformen, betreute Wohngruppen auch bei Pflegebedarf sowie Senioren-Wohngemeinschaften („WG´s nicht nur für Studenten!“) angemahnt. Vor allem in den städtischen Wohnquartieren herrschte große Unzufriedenheit darüber, dass Wohnraum für Senioren („Barrierefrei!“) zu knapp und vor allem die Mieten viel zu hoch seien. Alles in allem gäbe es zu wenige Möglichkeiten, im Alter und mit Einschränkungen selbstbestimmt zu wohnen.

Mobil und fit im Alter:

Ein Topthema in den Zukunftswerkstätten war die Unzufriedenheit mit den öffentlichen Angeboten, auch im Alter mobil zu sein. Hauptkritikpunkt war der zu schwach ausgebaute Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Es fehle an Bussen, die die Gemeinden auf dem Land und Ortsteile in den Verbandsgemeinden verbinden bzw. die Wohnquartiere in den Städten ausreichend erschließen würden.

Aber nicht nur der ÖPNV sei ein Problem. Auch die individuelle Bewegungsfreiheit im Alltag sei für Seniorinnen und Senioren durch Barrieren eingeschränkt: Zu hohe Bordsteinkanten, zu schmale Bürgersteige, zu kurze Ampelphasen, fehlende Behindertenparkplätze und zu schmale Parkplätze, die es Älteren schwer bis unmöglich machen, aus dem Wagen auszusteigen, wurden oft genannt.

Unter der Rubrik „Fit im Alter“ sprachen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer häufig ihre Sorge einer ärztlichen Unterversorgung aus. Vor allem in den ländlichen Gebieten fehle es immer mehr an Fachärzten und die Dichte an Allgemeinmedizinerinnen nähme ab. Aber auch in den Wohnquartieren in den Städten würde eine „mangelnde ärztliche, stadtteil-bezogene Versorgung“ spürbarer. Ein großer Bedarf bestehe zudem an niedrigschwelligen Betreuungsangeboten, wie etwa an Demenz-Cafés oder Tagespflegeangeboten. Weiterhin sei das Angebot der örtlichen Vereine an „Senioren-Sportkursen“ oder überhaupt die Einstellung, Ältere in den Vereinssport zu integrieren, zu schwach ausgeprägt.

Im Alter gut und sicher leben:

Ein gutes Leben im Alter ist für alle Beteiligten der Workshops abhängig von sozialer Sicherheit. Die Angst vor Altersarmut war ein großes Thema. Kritisiert wurde neben der Unsicherheit in Rentenfragen, dass die wenigsten Unternehmen ihre Arbeitsorganisation alters- und altersgerecht ausgerichtet hätten.

Obwohl in manchen Beteiligungsworkshops unter dem Stichwort „Sicherheit“ auch eine „mangelnde Polizeipräsenz“ vor Ort moniert wurde, diskutierten die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Thema „Sicherheit“ unter dem Gesichtspunkt der „Versorgungs- und Alltagssicherheit“.

So würde beispielsweise in den Orts- und Verbandsgemeinden eine flächendeckende Nahversorgung durch Geschäfte aller Art immer mehr zum Problem. Zudem verschwänden nach Wahrnehmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Bank- und Postfilialen zusehends.

In Fragen der Alltagssicherheit herrschte unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Konsens, dass in einer immer komplexer werdenden Welt die Beratung von Seniorinnen- und Senioren in vielen Fragen – Behördenangelegenheiten, Verbraucherschutz, allgemein zu örtlichen Angeboten von Leistungsanbietern – eine immer höhere Bedeutung gewinnt. Diese speziellen Beratungsmöglichkeiten seien zum einen zu wenig vorhanden, zum anderen zu verstreut und dadurch nicht leicht wahrnehmbar.

Solidarität der Generationen stärken:

Die überwiegende Mehrheit der Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer wünschte

sich einen engen Zusammenhalt der Generationen, stellte aber auch fest, dass im Alltag und über die Familie hinaus diese Idee nicht verwirklicht sei. Vor allem fehle es an Anlässen und Orten der Begegnung, etwa Mehrgenerationentreffs, -häusern und -programmen.

Beteiligung älterer Menschen stärken:

Als wichtiges Ergebnis der Beteiligungsworkshops konnte festgehalten werden, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer es als eine Selbstverständlichkeit ansahen, auch im hohen Alter am öffentlichen Leben teilzuhaben und sich daran beteiligen zu wollen. Alleine – es mangle an Möglichkeiten dazu.

Häufig war zu hören, dass man sich gerne ehrenamtlich betätigen wolle, aber es gäbe keine Stellen, die einem ein solches Engagement vermitteln würden. Zudem wolle man nicht, wie meistens üblich, über eine lange Zeit gebunden sein, sondern die Möglichkeit haben, die Ehrenamtstätigkeit in überschaubarem Rahmen auszuüben.

Kritisch wurde auch angemerkt, dass man als Bewohnerin oder Bewohner einer Gemeinde oder eines Stadtquartiers viel zu wenig in die Planungen der Gemeinde- und Stadtverwaltungen einbezogen würde. Hier wurde mehr Bürgerbeteiligung gefordert.

Schließlich sei es auch an vielen Orten um die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am öffentlichen Leben nicht gut bestellt. Hier wurden viele Beispiele genannt: Etwa sei die Vereinsamung vieler älterer Menschen ein Zeichen dafür, dass zu wenig Teilhabe-Projekte existierten. Es herrsche mancherorts ein „schlechtes Klima“ für Menschen mit

Demenz; es gäbe kaum Programme, um diese ins öffentliche Leben zu integrieren. Viele Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer monierten, es gäbe wegen fehlender Bänke viel zu wenig Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum, so dass ein Verweilen und Anteil nehmen am örtlichen Leben erschwert würden.

Ergebnisse Utopiephase

Nach der ausführlichen „Kritikphase“ waren die Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer im Anschluss daran aufgefordert, so viele Ideen wie möglich – seien sie noch so „utopisch“ – zu sammeln, die nach ihren Vorstellungen ein gutes Leben im Alter in ihren Wohnorten fördern würden. Dabei kam eine große Anzahl an Vorschlägen zusammen, die hier präsentiert werden.

Selbstbestimmt Wohnen im Alter:

- Finanzielle Förderung von alternativen Wohnformen durch die Kommunen
- Die Kommunen kaufen leerstehende Gebäude und geben diese für die Einrichtung von alternativen Wohnformen frei.
- Interessierte Bewohner schließen sich zusammen (Gründung eines Vereins) und verhandeln mit der Gemeinde über günstiges Bauland, um selbst ein Mehrgenerationenwohnhaus, eine Senioren-Wohngemeinschaft etc. zu errichten.
- Assistenzsysteme (z. B. Ambient Assisted Living) werden staatlich gefördert, so dass man so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben kann.
- Die Kommune soll altersgerechte Wohnformen in Neubaugebieten vorschreiben.

Mobil und fit im Alter:

Mobilität

- Einrichtung eines Bürgerbusses
- Einrichtung eines Shuttledienstes
- Verbreitung des Car-Sharings
- Subventionierte Taxifahrten („Senioren-Taxi“), Rollstuhl-Taxi
- Anruf-Sammeltaxi (AST)
- Ausweitung der kommunalen Busnetze bzw. Kleinbusse mit höherer Fahrtfrequenz
- Behindertengerechter Nahverkehr
- Einrichtung eines Hol- und Bringdienstes für Arzt- und Amtsbesuche, Einkäufe, Besuch von Veranstaltungen etc.
- Abgesenkte Gehwege
- Rampen zu allen öffentlichen Gebäuden
- Automatische Türen überall
- Senioren-Parkplätze (leichtes Einparken, Platz zum Ein- und aussteigen etc.)

Gesundheit:

- Einrichtung von Gesundheitszentren oder Ärztehäusern mit verschiedenen Fachärzten
- Beschäftigung einer Orts- oder Gemeindegeschwester durch die Kommune
- Mobile Ärzte, mobiler Zahnarzt service („Ärztebus“)
- Fitnessgeräte in der städtischen Grünanlage aufstellen, Wassertretbecken bauen („Seniorenspielplatz“)
- Organisierte Aktivitäten mit Begleitung („Gesundheitswandern“, Fahrradtouren etc.)
- Seniorensportkurse in Vereinen, Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Seniorenheimen
- Senioren-Tanzkurse

Im Alter gut und sicher leben

- Mehr alters- und altersgerechte Jobs
- Mehr finanzielle Vergünstigungen für Senioren
- Gründung eines „Fördervereins Senioren“ zur finanziellen Unterstützung
- Günstige Senior-Mittagstische, Einrichtung einer „Quartiersmensa“ für Seniorinnen, Senioren und sozial Schwache
- Einrichtung von Beratungsstellen/Zentralen, Anlaufstellen/Netzwerken für Seniorinnen und Senioren (ständige Ansprechpartner, Hilfe in Fragen des Alltags, beim Umgang mit Behörden, Leistungsanbietern etc.)
- Kommunales Serviceangebot „Verwaltung vor Ort“ – Ämter helfen vor Ort mit Formularen
- Einrichtung einer Telefonkette, mit der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer regelmäßig überprüfen, ob sie wohlauf sind
- Einrichtung eines gemeinschaftlichen Dorfladens
- Einrichtung eines Einkaufsdienstes, Lebensmittellieferungen in die Wohnung
- Mobile Einkaufsmöglichkeiten
- Mobile Kultur: Künstler kommen zu Menschen, die nicht mehr aus ihren Häusern können

Solidarität der Generationen stärken

- Einrichtung von Mehrgenerationenwohnhäusern, Wohngemeinschaften „Alt und Jung“
- Einrichtung von Häusern der Familie, Mehrgenerationenhäusern, Mehrgenerationentreffs (gemeinsames Kochen, gemeinsames Musizieren, Handarbeits-Café, Spielenachmittag, gemeinsame Unternehmungen)
- Alt hilft Jung bei den Hausaufgaben, Jung hilft Alt mit Computer und Internet
- Senioren lesen Kindern vor, Jugendliche lesen Senioren vor

- Betreuung von Kindern durch Seniorinnen und Senioren („Spielplatzpaten“)
- Generationenübergreifende Mitfahrerzentrale („Immer weniger junge Menschen haben ein Auto. Die meisten alten Menschen haben eins.“)
- Gegen die Anonymität in der Stadt: „Dorfplätze“ als Treffpunkte überall in den Stadtvierteln
- Aufbau von „Generationengärten“
- Akzeptanz fördern: negatives Bild vom Alter ins Positive verkehren; frühe und kontinuierliche Sensibilisierung für das „Anders sein“ (Alter, Demenz, Menschen mit Migrationshintergrund; Menschen mit Demenz in den Alltag integrieren; Respektvoller Umgang miteinander; Integration der Neubürgerinnen und Neubürger, z. B. Menschen mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge etc. (Multikulturelle Begegnungsmöglichkeiten schaffen))

Beteiligung älterer Menschen stärken

- Nachbarschaftshilfe („Nachbarschaftslotsen“), Besuchsdienst („Enkelbesuchsdienst“), „Feuerwehr“ für (kleine) Probleme im Haushalt
- Einrichtung von Ehrenamtsbörsen, Zeittauschbörsen
- Aufbau eines „Kümmerer-Netzwerks“: Aktive Senioren helfen beim Einkauf, machen Besuche, helfen bei den Hausaufgaben, machen kleinere Handwerksarbeiten, unterstützen Alleinerziehende und Flüchtlinge etc.
- Einrichtung der Stelle einer „Stadtteilconciérge“ (Anlaufstelle für Fragen, erste Betreuung von zugezogenen Seniorinnen und Senioren)

- Einrichtung von Tanz-Cafés, „Plauderstuben“, Senioren-Cafés, geleitet von aktiven Seniorinnen und Senioren
- Bürgerversammlungen vor und zu Beginn öffentlicher und anderer größerer Vorhaben, Beteiligung an Planung und Entscheidung, die Erfahrung der älteren Generation nutzen
- Teil- und Geschenkökonomie aufbauen (z. B. Autos, Geräte etc. gemeinsam benutzen; Orte einrichten, an denen Dinge, die man nicht mehr braucht, für andere hinterlegt werden können, z. B. Bücherschränke etc.)
- Einrichtung eines „Zukunfts-“ oder „Ideenrats“, der sich Gedanken über die Entwicklung der Kommune oder des Stadtquartiers macht

Ergebnisse Arbeitsphase

Die Projekte

Aus den vielen Ideen, die in den Zukunftswerkstätten entstanden, wurden insgesamt 49 Projekte entworfen. Sie alle können den fünf Handlungsfeldern (Wohnen, Mobilität, Sicherheit, Solidarität der Generationen, Beteiligung) des Aktionsplans „Gut leben im Alter“ zugeordnet werden. Am häufigsten wurde das Thema „Generationenübergreifender Treff“ ausgewählt. Die Bereiche „altersgerechtes Wohnen“ und „Nachbarschaftshilfe“ fanden einen ähnlich hohen Zuspruch.

Ausgewählte Projekte, geordnet nach ihrer Häufigkeit

- 11x Generationenübergreifender Treff
- 7x Wohnungen (altersgerecht, neue und bezahlbare Wohnformen)
- 7x Nachbarschaftshilfe
- 6x Fahrdienst, Mobilität
- 5x Dorfladen, Ehrenamtsbörse, Marktplatz, Dorfplatz
- 4x Vernetzung, Vereine
- 3x Bauliche Umgestaltung in der Gemeinde/im Stadtteil (Barrierefreiheit, Überdachung, Dorfplatz)
- 2x Medizinische Versorgung
- 1x Weiterbildung, Integration, Information, zentrale Anlaufstelle für Seniorinnen und Senioren

Die Nachtreffen

Sechs Monate nach den Teilungswerkshops trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltungen erneut. Die Nachtreffen waren fester Bestandteil des Projektplans und mussten von allen Koordinatoren der Workshops wahrgenommen werden. In den Nachtreffen wurde der Stand der Projekte erfasst und die weitere Entwicklung diskutiert. Die Moderationsteams aus Kaiserslautern und Landau gaben den Projektgruppen je nach Bedarf allgemeine und methodische Hilfestellungen.

Im Winter 2014/2015 wurde den Projektgruppen ein weiteres Nachtreffen auf freiwilliger Basis angeboten. Sieben Projektgruppen machten von dem Angebot Gebrauch.

Die Ergebnisse der Nachtreffen fließen in die folgende Dokumentation der Projekte mit ein.

Detaillierte Übersicht über die in den Workshops entwickelten Projekte:

Ort	Projektzahl	Projekttitel
Mainz Lerchenberg	4	Virtueller Marktplatz - Internetbörse „Haus der Familie“ für alle Generationen Umgestaltung Vorplatz Bürgerhaus/Bushaltestelle Überdachung und Gestaltung Einkaufszentrum
Lingenfeld	4	Fahrdienste Behindertengerechte Zugänge Vereinsangebote vernetzen Generationenübergreifender Treff
Alsens-Obermoschel (Gaugrehweiler)	4	Alles unter einem Dach - Dorftreff Miteinander Jung und Alt Pflegedienste und Infrastruktur Gesangsverein
Weilerbach	3	Soziale Kontakte, Tanzcafé, Kartenspielen Ehrenamtsbörse - Jung hilft Alt, Alt hilft Jung Begleit-, Einkaufs-, Fahrdienst
Worms-Leiselheim	1	Verbindliche Netzwerke
Bad Bergzabern	3	Zentrale Anlaufsstelle für Seniorinnen und Senioren Ehrenamtsbörse Barrierefreie, kostengünstige Wohnungen
Speyer	3	Bezahlbare Wohnformen Begegnungsstätten Nachbarschaftshilfe
Vallendar	2	Seniorengerechtes Wohnen Begegnungspunkte
Daun-Boverath	2	Boverather Dorftreff – Generationenübergreifende Aktivitäten Dauner Silver-Surfer – Internetkurse für Seniorinnen und Senioren

Ort	Projektzahl	Projekttitel
Sprendlingen	2	Wohnprojekte inkl. möglicher Begegnungsstätte Nachbarschaftshilfe
Trier-Mariahof	3	„Kümmerer“ - Nachbarschaftshilfe Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Stadtteilgesellschaft ÖPNV – Ausdehnung der Busverbindung in das Quartier
Arzfeld	3	Dorftreff Nachbarschaftshilfe Dorfplatzverschönerung
Ludwigshafen-West	3	Treffpunkt Bürgercafé/Kultur und Begegnung ÖPNV – Ausdehnung der Busverbindung in das Quartier Wohnen
Rettert (Rhein-Lahn-Kreis)	2	Begegnungsstätte und Grundversorgung (Dorfladen) Medizinische Versorgung – Verbesserung der Situation vor Ort
Bobenheim Roxheim	2	Nachbarschaftshilfe Bürgerbus
Koblenz	2	Wohnprojekt - Mehrgenerationenhaus Nachbarschaftshilfe stärken, Schwerpunkt: Ehrenamt in der Vorstadt
VG Hörh-Grenzhausen	2	Nachbarschaftshilfe Bürgerbus
Bad Sobernheim	4	Arbeitsgruppe Koordination – Koordiniert den Auftritt der anderen Projektgruppen in der Öffentlichkeit, organisiert Veranstaltungen Arbeitsgruppe Information – Anlaufstelle für Informationen zu Aktivitäten und Angeboten in der Gemeinde Arbeitsgruppe Wohnen – Aufbau von Wohngruppen Arbeitsgruppe Nachbarschaftshilfe



2. DIE ZUKUNFT BEGINNT JETZT

PROJEKTE FÜR EIN GUTES LEBEN IM ALTER

Aus den 18 Beteiligungsworkshops gingen 49 Projekte hervor, die sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune auseinandersetzen und Ansätze für ein gutes Leben im Alter vor Ort verfolgen.

In diesem Kapitel werden fünf dieser Projekte näher vorgestellt. Die Projekte wurden ausgewählt, weil sie beispielhaft mehrere wichtige Kriterien für die erfolgreiche Realisierung von Beteiligungs-Vorhaben im lokalen Raum erfüllten:

- Ein hohes Engagement von Bürgerinnen und Bürgern

- Die Kooperation mit verschiedenen öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Akteuren vor Ort
- Eine aktive Begleitung/Steuerung des Prozesses durch die Kommune

Ziel ist es, einen Einblick zu geben, wie die Vorhaben vor Ort umgesetzt werden. Die fünf ausgewählten Projekte sollen andere Kommunen in ähnlicher Situation inspirieren, sich für die Zukunft ihrer Gemeinde fit zu machen. Zudem stellt die jeweilige Dokumentation auch ein Beispiel zur Nachahmung dar, um ein Projekt zu realisieren. Über den Stand der Projekte der anderen Beteiligungsworkshops wird am Ende des Kapitels zusammenfassend berichtet.¹

¹ Die letzte Erhebung zum Stand der Projekte fand im April 2015 statt.

2.1 Der Aufbau der Projektdarstellung

Die Dokumentation der Projekte wird jeweils mit einer knappen Einführung und der Darstellung des Präsentation des „Demografie-Profiles²“ des besprochenen Ortes eingeleitet. Aus dem „Demografie-Profil“ kann man die Daten zur Bevölkerungsentwicklung zwischen den Jahren 2010 und 2030 entnehmen.

Anschließend wird kurz die Arbeit im Beteiligungsworkshop und die Entstehung des Projektes beleuchtet. Es folgt ein Blick auf

den Inhalt und die Zielsetzung des Projektes und eine Beschreibung der „ersten Schritte“ zu seiner Umsetzung.

Beschlossen wird jeder Bericht mit einem Interview. Hier sprechen die Projektbeteiligten selbst, u. a. über die Motivation, sich an der Verbesserung der Lebensbedingungen des eigenen Ortes zu beteiligen oder über förderliche und hinderliche Faktoren, die bei der Projektarbeit aufgetreten sind.

2.2 Beispielhafte Projekte im Einzelnen

Handlungsfeld 1: Selbstbestimmt Wohnen im Alter – Das Wohnprojekt „Backhausgasse“ in Sprendlingen

Handlungsfeld 2: Mobil und fit im Alter – Der Bürgerbus in Lingenfeld

Handlungsfeld 3: Im Alter gut und sicher leben – Die zentrale Beratungsstelle für Seniorinnen und Senioren in Bad Bergzabern

Handlungsfeld 4: Solidarität der Generationen stärken – Der Dorftreff in Daun-Boverath

Handlungsfeld 5: Beteiligung älterer Menschen stärken – Die Ehrenamtsbörse „Bürger helfen Bürgern“ in Weilerbach

2.3 Handlungsfeld 1: Selbstbestimmt Wohnen im Alter

Während der Beteiligungsworkshops ist das Thema „Wohnen im Alter“ auf großes Interesse gestoßen. Viele Ideen wurden diskutiert und entworfen. Insgesamt sieben Projekte entstanden im Rahmen der Workshops. Auch wenn die Vorhaben auf Grund unterschiedlicher Faktoren nicht alle weiter verfolgt werden konnten, kann man die Bedeutung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger in diesem Feld nicht hoch genug schätzen.

Es hat sich als wichtige Voraussetzung erwiesen, dass bei Bau- und Wohnvorhaben die Projektgruppe von der Kommunalverwaltung unterstützt wird. Das hier dokumentierte Wohnprojekt der Gemeinde Sprendlingen veranschaulicht, wie eine Zusammenarbeit zwischen der Kommune und einer, von bürgerschaftlichem Engagement getragenen Projektgruppe verwirklicht werden kann.

² Inspiriert durch: www.wegweiser-kommune.de

Das „Wohnprojekt Backhausgasse“ in Sprendlingen

Demografieprofil: Verbandsgemeinde (VB) Sprendlingen-Gensingen, Landkreis Mainz-Bingen³

	2010	2030	Veränderung
Bevölkerung VB	13.980	14.712	5,2 %
Bevölkerung VB 65-80 Jahre	1.717	2.949	71,7 %
Bevölkerung VB 80 Jahre und älter	602	1.059	75,9 %
Bevölkerung Landkreis	202.310	204.004	0,8 %

Die Berechnungen der Bevölkerungsvorausberechnung 2030 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz werden nur bis zur Verbandsgemeindeebene hinunter vorgenommen. Wenn diese Prognose auch nicht exakt auf die demografische Entwicklung der Gemeinde Sprendlingen selbst anzuwenden ist, kann man dennoch für die kommenden Jahre einen leichten Anstieg in der Bevölkerungsentwicklung der Verbandsgemeinde erkennen. Vor allem in der Gruppe der Bewohnerinnen und Bewohner zwischen 65 und 80 sowie der Gruppe der über 80 Jährigen ist gemäß der Bevölkerungsvorausberechnung mit einem starken Zuwachs zu rechnen. Die Bevölkerung im gesamten Landkreis nimmt kaum zu.⁴

Die Arbeit im Workshop

In der Kritikphase der im Workshop veranstalteten Zukunftswerkstatt wurde von vielen die Entvölkerung des Ortskerns bemängelt. Dies

werde vor allem sichtbar durch leerstehende Häuser, die sich negativ auf die Attraktivität der Ortsmitte auswirkten. Zudem fehle es in der Verbandsgemeinde an passenden Wohn- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie Begegnungspunkten für Seniorinnen und Senioren.

In der Utopiephase wünschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Bau von Wohnraum in der Stadt, der altersgerecht, bezahlbar und barrierefrei sein müsse. Die Bauprojekte sollten neue Formen des Wohnens ermöglichen und damit auch das Angebot für selbstbestimmtes Wohnen in dem Ort vergrößern: Etwa Wohnen ab 50, Wohngruppen oder die Idee eines Mehrgenerationenwohnhauses für Jung und Alt.

In der dritten, der Realisierungsphase, wurde dann von einem Großteil der Anwesenden ein „Wohnprojekt inklusive Begegnungsstätte“ zur Umsetzung ausgewählt.

³ Angaben aus: https://www.statistik.rlp.de/analysen/RP_2060/kreis/VG339.pdf

⁴ Statistisches Landesamt (29.11.2013): Die Berechnung der Demografischen Entwicklung – Prognose 2030 – wird nur bis auf Verbandsgemeinde- und Stadtebene heruntergebrochen. Zahlen für Gemeinden bzw. Stadtteile gibt es nicht. Es ist aber durchaus sinnvoll die Zahlen der Verbandsgemeinde darzustellen, denn eine Tendenz lässt sich aus diesen Berechnungen für die Kommune, in der der Beteiligungsworkshop stattgefunden hat, herauslesen.

Workshop Sprendlingen



Aus angeregten Diskussionen ist in Sprendlingen das Wohnprojekt "Backhausgasse" entstanden.



Das Projekt: „Wohnprojekt Backhausgasse“

Bei dem Objekt in der Backhausgasse in Sprendlingen handelt es sich um einen seit langer Zeit leer stehenden Gebäudekomplex in der Ortsmitte, der wieder einer Nutzung zugeführt werden soll. Die Projektgruppe, die aus Mitgliedern der Gemeindeverwaltung und Ehrenamtlichen besteht, plant, ein integratives Wohnkonzept zu entwickeln und zu verwirklichen. Zum einen soll dort altersgerechter Wohnraum geschaffen werden, der verschiedene Wohnformen zulässt. Zum anderen soll das Haus in Zukunft Ort der Begegnung für die Sprendlinger Bürgerinnen und Bürger sein.

Das Vorhaben ist Teil einer Strategie der Gemeindeverwaltung, sich dem demografischen Wandel zu stellen und die Stadtentwicklung aktiv zu beeinflussen. Dahinter steht die Idee, die Ortsmitte zu stärken und vor dem Verfall durch leere Geschäfte, Überalterung und Wegzug der Jungen „auf die grüne Wiese“ vor der Stadt zu schützen. Wenn – so die Annahme – der Wohnraum im Stadtkern attraktiver (bezahlbar, kindergerecht, barrierefrei etc.) und somit mehr nachgefragt wird, und im Zuge dessen mehr Menschen im Zentrum wohnen, wird sich auch die Infrastruktur in Form von Geschäften, Dienstleistungen, Ärzten etc. verbessern. Das „Wohnprojekt Backhausgasse“ gilt für die Gemeinde als Pilotprojekt und soll für die weitere Stadtplanung beispielhaft sein.

Die Umsetzung

Schritt 1: Erwerbung des Wohnobjekts

- Die Gemeinde hat einen ersten Teil des Wohnkomplexes Backhausgasse erworben (über 500 qm). Die Verhandlungen über den Erwerb eines weiteren Grundstücks sind im Gange.

Schritt 2: Partner und finanzielle Mittel gewinnen

- Partner für das Projekt suchen
- Einwerben von Fördermitteln bzw. Beteiligung eines Investors an dem Projekt

Sprendlingen ist Mustergemeinde der Initiative des Landkreises Mainz-Bingen „Mittendrin – Älter werden im Landkreis“. Das „Wohnprojekt Backhausgasse“ wird im Rahmen des Programms des Landkreises mit 3.500 Euro gefördert. Die Mittel werden u. a. für die Moderation des Projektprozesses verwendet.

Da es auch Ziel der Planung ist, eine Pflege-WG in das Haus in der Backhausgasse zu integrieren, hat sich die Gemeinde beim GKV-Spitzenverband um Aufnahme in das Förderprogramm zur Weiterentwicklung neuer Wohnformen beworben.

- Ausschreibung des Bauprojekts bzw. Realisierung desselben durch einen Bauträger

Schritt 3: Die Nutzung des Wohnprojekts bestimmen

- Die Gemeinde hat eine externe Agentur beauftragt, den Prozess zu begleiten und zu moderieren. Hierbei wurde mit allen Beteiligten die offenen Fragen rund um die Realisierung und Weiterführung des Projekts diskutiert.

- Die Projektgruppe bestimmte mit, wie die Nutzung des Wohnprojektes bzw. für welche Wohnformen es ausgelegt werden soll. Folgende Wohnformen sind denkbar:

Wohnen im Alter: Ein barrierefreies Haus im Geschosswohnungsbau mit kleineren Wohnungszuschnitten und kleinem Gemeinschaftsraum soll vor allem die Älteren ansprechen.

Gemeinschaftliches Wohnen: Ein Mehrfamilienhaus im Geschosswohnungsbau soll vor allem aktive Senioren und Familien, Alleinerziehende, Singles und behinderte Menschen ansprechen. Eine Fläche von etwa 1100 qm wird durch den Ankauf von Leerständen im Quartier zur Verfügung stehen, eine Arbeitsgruppe stellt ihre Wünsche an die Gemeinschaftsflächen zusammen.

- Die Projektgruppe erstellte zudem ein Konzept für die Einrichtung einer Begegnungsstätte und die Ansiedelung eines Cafés, eines Ladens oder eines Dienstleisters in dem Gebäude.

Interview

Interview mit Manfred Bucher, Ortsbürgermeister von Sprendlingen und Mitglied der Projektgruppe:

LZG: Warum haben Sie sich für den Beteiligungsprozess „Gut leben im Alter“ in Sprendlingen engagiert?

Manfred Bucher: Zum Zeitpunkt des Projektstarts war ich erster Beigeordneter der Ortsgemeinde, mittlerweile bin ich zum Bürgermeister gewählt worden.

Sprendlingen ist eine Stadt im Landkreis Mainz-Bingen mit über 4.000 Einwohnern. Der Landkreis verzeichnet zurzeit noch leicht steigende Bevölkerungszahlen (2 %) durch die Metropolregion Rhein-Main sowie das Ballungszentrum Mainz. Sprendlingen verfügt über Gewerbe- und Industrieflächen, besitzt einen kleinstädtischen Charakter, hat direkte Autobahnverbindung und liegt zwischen den Städten Bad Kreuznach und Bingen.

Die Ortsgemeinde Sprendlingen ist einerseits durch ihre Verkehrssituation sehr gut angebunden und durch die Stadtnähe gut versorgt. Andererseits liegt sie etwas abseits am Rand des Kreisgebietes und hat durch angrenzende Gewerbegebiete mit Einzelhandel viele der gewachsenen Strukturen verloren. Besonders für ältere Menschen gehen die fußläufig erreichbaren Angebote zurück.

Strategie: der Planungsprozess

Die Ortsgemeinde hat in den letzten Jahren viel für die Innenentwicklung unternommen. Insbesondere für ältere und mobil eingeschränkte Menschen wurden Einrichtungen wie etwa der Bürgerbus geschaffen. Dadurch wird der Wegfall des Lebensmittelladens in der Dorfmitte zwar etwas gemildert, dennoch wird immer deutlicher, dass eine Nahversorgung wichtig ist. Um zu verhindern, dass die Menschen nun auch die Dorfmitte verlassen, müssen für alte, selten seniorengerechte Gebäude in moderne, senioren- und behindertengerechte Wohnungen umgewandelt werden, ohne den „Innenortsfair“ zu zerstören.

Da nun Leerstände vorhanden sind, kann ein Quartier in Dorfkern entwickelt werden. Das

aus der Zukunftswerkstatt in Sprendlingen hervorgegangene Projekt soll ein Trittstein für weitere Vorhaben dieser Art sein.

In einer Zeit, in der fremdbestimmte Einflüsse eine große Rolle spielen und der Wunsch nach Mit- und Selbstbestimmung wächst, können die Menschen durch den Bürgerbeteiligungsprozess zum Engagement motiviert werden, die soziale Gemeinschaft wird erhalten bzw. gestärkt.

LZG: Was sind/waren wichtige Faktoren für den Fortgang und das Gelingen des Projekts? Was sind/waren hinderliche Faktoren für das Projekt?

Manfred Bucher: Wichtige Faktoren für das Gelingen sind, dass es die Ortsgemeinde schafft, alle in Frage kommenden Häuser zu kaufen. Dann muss ein Investor gefunden werden, der zusammen mit der Ortsgemeinde das Gebiet entwickeln möchte. Dabei dürfen die Kosten nicht aus den Augen verloren werden. Wir bemühen uns zur Zeit um die Aufnahme in ein Städtebausanierungsprogramm. Dadurch könnte eine gewisse finanzielle Last gemildert werden.

Hinderlich ist unsere augenblickliche finanzielle Lage. Bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt macht uns die Kommunalaufsicht den Ankauf weiterer Gebäude sehr schwer.

Wir können dieses Projekt auch finanziell nur stemmen, wenn es uns gelingt Wohnungen am Ortsrand, die im Eigentum der Ortsgemeinde sind, zu verkaufen. Eine Sanierung dieser Wohnungen würde zwischen 1,5 und 2 Millionen Euro kosten. Auch sind die Grundstückseigentümer teilweise nicht bereit die Gebäude zum ermittelten Verkehrswert zu verkaufen.

LZG: Welche Form der Unterstützung des Projekts (von ihren Mitbürger/innen, von der Kommune, von der Landesregierung) wünschen Sie sich?

Manfred Bucher: Zunächst muss festgehalten werden, dass dieses Projekt von allen öffentlichen Seiten sehr positiv gesehen wird. Als Ortsbürgermeister wünsche ich mir einen gut informierten Ansprechpartner für dieses Projekt. Einen Ansprechpartner, der keine eigenen Interessen verfolgt, sondern beratend zur Seite steht. Dies könnte vielleicht durch die Aufnahme in ein Programm der Städtebausanierung gelingen. Ich glaube, dass ein solches Projekt innerhalb der Bevölkerung eine sehr positive Begleitung erfahren wird. Ein Arbeitskreis aus engagierten Bürgerinnen und Bürgern, der die Entwicklung begleitet, mitbestimmt und mit vorantreibt wäre sicher sehr hilfreich.

LZG: Wären Sie bereit, ihre Erfahrungen auch mit anderen interessierten Kommunen zu teilen?

Manfred Bucher: Ja!⁵

5 Wenn Sie Kontakt zur Projektgruppe wünschen, so wenden Sie sich bitte an die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V., Referat Gestaltung des demografischen Wandels. Wir leiten Ihren Kontaktwunsch weiter.

2.4 Handlungsfeld 2: Mobil und fit im Alter

Aus diesem viele Themen umfassenden Handlungsfeld wählten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Workshops am häufigsten Projekte, die sich mit der Frage des örtlichen Mobilitätsangebotes befassten. Insgesamt sechs Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit der Einrichtung von Fahrdiensten und Bürgerbussen. Stellvertretend für die Vorhaben soll hier das Projekt „Bürgerbus“ der Verbandsgemeinde Lingenfeld vorgestellt werden.

Entsprechend der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz wird sich der Stand der Bevölkerung der Verbandsgemeinde Lingenfeld bis 2030 kaum verändern. Für die Gruppe der Bewohnerinnen und Bewohner zwischen 65 und 80 sowie der Gruppe der über 80 Jährigen ist gemäß Berechnungen jedoch mit einem kräftigen Anstieg zu rechnen. Die Bevölkerungsentwicklung im ganzen Kreis Germersheim ist leicht rückläufig.

Der „Bürgerbus“ in Lingenfeld

Demografieprofil: Verbandsgemeinde Lingenfeld (VB) im Landkreis Germersheim⁶

	2010	2030	Veränderung
Bevölkerung VB	16.111	16.150	0,2 %
Bevölkerung VB 65-80 Jahre	2.069	3.049	47,4 %
Bevölkerung VB 80 Jahre und älter	569	994	74,7 %
Bevölkerung Landkreis	124.838	122.131	-2,2 %

Die Arbeit im Workshop

In der Kritikphase der Zukunftswerkstatt wurde intensiv die Mobilität und der Nahverkehr in der Verbandsgemeinde thematisiert. Übereinstimmend wurde bemängelt, dass z. B. Busverbindungen nicht im ausreichenden Maße vorhanden seien.

Viele Wünsche in der Utopiephase bezogen sich auf die Mobilität in der Verbandsgemeinde. Vorgeschlagen wurden unterschiedliche und neue Formen des öffentlichen Personennahverkehrs, unter anderem ein Ruf-Taxi und ein Bus, der nach Bedarf die einzelnen Ortschaften des Gemeindeverbands anfahren sollte.

In der Realisierungsphase wurde schließlich mit deutlicher Mehrheit die Einrichtung eines Bürgerbusses als umzusetzendes Projekt gewählt.

⁶ Angaben aus: https://www.statistik.rlp.de/analysen/RP_2060/kreis/334.pdf

Das Projekt

Die Verbandsgemeinde Lingenfeld, zwischen Speyer und Germersheim gelegen, setzt sich aus sechs Ortsgemeinden zusammen. Diese sind durch den Öffentlichen Personennahverkehr nur unzureichend miteinander verbunden. Bürgerinnen und Bürger ohne Auto haben es schwer, zum Einkaufen, zum Arzt oder zu anderen Dienstleistern vor Ort zu kommen.

In der aus dem Beteiligungsworkshop hervorgegangenen Arbeitsgruppe engagieren sich Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde und Ehrenamtliche zusammen. Sie will mit der Einrichtung eines Bürgerbusses dem genannten Missstand abhelfen. So soll ein Kleinbus für neun Personen angeschafft werden, der zudem behindertengerecht eingerichtet ist.

Es ist vorgesehen, dass der Bus auf einer festgelegten Route drei Mal die Woche durch die Verbandsgemeinde fährt. Um die Kosten des Projekts im Rahmen zu halten, werden noch Freiwillige gesucht, die als Fahrer ehrenamtlich den Bürgerbus steuern. Als Träger des Busses fungiert ein Bürgerverein, der extra zu diesem Zwecke gegründet wurde. Der Bürgerverein bildet auch das Dach anderer bürgerschaftlicher Unternehmungen, etwa einer Ehrenamtsbörse.

Die Umsetzung

Schritt 1: Informationen sammeln:

- Zunächst erkundigte sich der Arbeitskreis bei den Gemeinden Maxdorf und Freinsheim, die schon Bürgerbusse eingerichtet hatten, nach den Erfahrungen der

Verantwortlichen. Die hier gewonnenen Erkenntnisse, etwa über die besonderen Bestimmungen zur zulässigen Anzahl zu befördernder Personen und der Notwendigkeit eines Personenbeförderungsscheins für den Fahrer, flossen in die weitere Projektplanung mit ein.

- Im Weiteren wurden vor allem rechtliche Fragen mit Hilfe einer Anwältin abgeklärt und im Kontakt mit der IHK darauf geachtet, dass es zu keiner Konkurrenzsituation mit ortsansässigen Dienstleistern wie Taxiunternehmen kommt.

Schritt 2: Mittel einwerben, Partner finden:

- Die Einrichtung eines Bürgerbusses ist eine freiwillige Aufgabe für die Gemeinde und der finanzielle Spielraum dafür ist sehr gering.
- Deshalb wurden für die Anschaffung des Busses Spendenanträge an die örtlichen Geldinstitute, die Sparkasse und die VR-Bank und weitere mögliche Sponsoren gestellt. Die Sparkasse wird der Projektinitiative 5.000 Euro spenden.
- Für die Anschaffung des Busses wurde eine Partnerschaft mit der Jugendpflege vor Ort geschlossen. Der Bürgerbus wird auf diese Weise ein Projekt für Jung und Alt.

Schritt 3: Gründung eines Bürgervereins:

- Allgemein sind Bürgervereine gemeinnützige Vereine, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ihres Vereinsgebietes vertreten. Sie sehen ihre Aufgabe in der Mitwirkung bei der Lösung aller kommunalen Fragen, die den Bereich des Bürgervereins betreffen. Die Bürgervereine sind auf Dauer angelegt und berechtigt, Spenden anzunehmen. Eine Satzung klärt verbindlich den Zweck des Vereins.

Workshop Lingenfeld

In Lingenfeld haben die Beteiligten des Workshops sich erfolgreich für einen Bürgerbus engagiert.



- Die Gründung eines Vereins gibt die Möglichkeit, angemessene und zielgerichtete Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren sowie einen nachvollziehbaren Rahmen, um Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen.
- Im Falle der Verbandsgemeinde Lingenfeld soll der Bürgerverein eine Plattform für bürgerschaftliches Engagement sein. So ist neben der Einrichtung des Bürgerbusses auch der Aufbau einer Ehrenamtsbörse geplant. Über die Ehrenamtsbörse sollen z. B. freiwillige Fahrer für den Bürgerbus gesucht werden.

Interview

Interview mit Frank Leibeck, Verbandsbürgermeister von Lingenfeld und Mitglied der Projektgruppe:

LZG: Warum haben Sie sich für den Beteiligungsprozess „Gut leben im Alter“ in Lingenfeld engagiert?

Frank Leibeck: Die Demografische Entwicklung macht auch vor unserer Verbandsgemeinde keinen Halt. Um den Herausforderungen mit neuen Ideen und Strategien entgegenzuwirken, erhoffen wir uns durch den Beteiligungsworkshop neue Ideen und Impulse. Dazu ist eine direkte Beteiligung der ehrenamtlichen engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürger eine optimale Ergänzung unserer bisherigen Maßnahmen. „Gut leben im Alter“ ist das, was wir uns alle wünschen.

LZG: Was sind/waren wichtige Faktoren für den Fortgang und das Gelingen des Projekts? Was sind/waren hinderliche Faktoren für das Projekt?

Frank Leibeck: Die direkte Beteiligung und die seit dem Projekt von mir eingeführte monatliche Besprechung mit den Seniorinnen-, Senioren- und Behindertenbeauftragten der Verbandsgemeinden und der Ortsgemeinden hat einen neuen Schwung in die Aktivitäten gebracht. Erste positive Ergebnisse haben die Motivation zur Mitarbeit erheblich erhöht.

LZG: Welche Form der Unterstützung des Projekts (von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, von der Kommune, von der Landesregierung) wünschen Sie sich?

Frank Leibeck: Wir haben die Unterstützung des Nexius Institute (Beauftragte für Bürgerbusprojekte in Rheinland Pfalz) in Anspruch genommen und einen Besprechungstermin vereinbart. Solche Ansprechpartner mit Unterstützung vor Ort sollte es in verschiedenen Fragestellungen für uns geben. Wir planen z. B. die Gründung eines Bürgervereins, hier wäre eine „professionelle Beratung“ angebracht. Wir sammeln im Moment dafür von verschiedenen Stellen Erfahrungen ein.

LZG: Wären Sie bereit, Ihre Erfahrungen auch mit anderen interessierten Kommunen zu teilen?

Frank Leibeck: Gerne sind wir bereit unsere Erfahrungen mit anderen zu teilen. Auch wir haben in den letzten Wochen auf Erfahrungen anderer Kommunen zurückgegriffen.⁷

⁷ Wenn Sie Kontakt zur Projektgruppe wünschen, so wenden Sie sich bitte an die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V., Referat Gestaltung des demografischen Wandels. Wir leiten Ihren Kontaktwunsch weiter.

2.5 Handlungsfeld 3: Im Alter gut und sicher leben

Ältere Menschen haben ein besonderes Bedürfnis nach Sicherheit: Sei es die finanzielle Absicherung im Alter, der Schutz vor Gefahren und Verbrechen oder die Wahrung der Verbraucherrechte. In den Beteiligungsworkshops standen vor allem die Versorgungssicherheit und die Sicherheit im Alltag im Blickpunkt des Interesses. Es wurde oft kritisiert, dass es zu wenige Beratungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren gäbe.

Es stellte sich die Frage, was die Bürgerinnen und Bürger selbst für einen Beitrag hierzu leisten können. U. a. in Bad Bergzabern kam man zu der Antwort, dass es sinnvoll sei, Beratungsstellen für Seniorinnen und Senioren einzurichten, die Hilfestellungen und Informationen im Bereich „Sicherheit im Alltag“ anbieten.

Die Berechnungen der Prognose 2030 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz werden nur bis zur Verbandsgemeindeebene hinunter vorgenommen. Wenn diese Vorausberechnungen auch nicht exakt auf die demografische Entwicklung der Gemeinde Bad Bergzabern selbst anzuwenden ist, kann man dennoch für die kommenden Jahrzehnte eine Tendenz feststellen, demnach ist für Bad Bergzabern ein deutlicher Rückgang in der Bevölkerung der Kommune zu erkennen. Bei den Bevölkerungsgruppen der 65 bis 80 Jährigen sowie der über 80 Jährigen wird entsprechend der Bevölkerungsvorausberechnung dagegen ein starker Anstieg zu verzeichnen sein. Die Bevölkerung im Landkreis wird ebenfalls bis 2030 erkennbar abnehmen.

Die zentrale Beratungsstelle für Seniorinnen und Senioren in Bad Bergzabern

Demografieprofil: Verbandsgemeinde (VB) Bad Bergzabern, Landkreis Südliche Weinstraße⁸

	2010	2030	Veränderung
Bevölkerung VB	23.961	21.550	-11,1 %
Bevölkerung VB 65-80 Jahre	4.214	5.243	24,4 %
Bevölkerung VB 80 Jahre und älter	1.684	2.337	38,8 %
Bevölkerung Landkreis	109.002	103.512	-5,1 %

⁸ Angaben aus: https://www.statistik.rlp.de/analysen/RP_2060/kreis/337.pdf

Workshop Bad Bergzabern



Aus vielen Ideen ist in Bad Bergzabern die „Zentrale Anlaufstelle für Seniorinnen und Senioren“ entstanden.

Die Arbeit im Workshop

Im Rahmen der ersten Phase der Kritik während der im Workshop durchgeführten Zukunftswerkstatt wurde das Fehlen von Beratungs- und sozialen Angeboten bemängelt. In der Utopiephase kam die Idee auf, eine zentrale Anlaufstelle für die Belange von Seniorinnen und Senioren einzurichten. Dieser Wunsch wurde von der Mehrheit der Anwesenden aufgegriffen und im dritten Abschnitt der Zukunftskonferenz als Projekt bestimmt, das in Angriff genommen werden soll.

Das Projekt

Die Einrichtung einer Anlaufstelle für ältere Menschen aus der Stadt Bad Bergzabern mit Sitz im Bergzaberner Haus der Familie wurde nach dem Teilnehmendenworkshop „Gut leben im Alter“ geplant und umgesetzt. Der aus dem Teilnehmendenworkshop hervorgegangene Arbeitskreis – bestehend aus Mitgliedern des Seniorenbüros, Ehrenamtlichen und der evangelischen Gemeinde – setzte die Idee um, dass dort Beratung und Hilfestellung zu allen seniorenrelevanten Themen angeboten werden.

Des Weiteren wird die Anlaufstelle Ausgangspunkt und Teil eines aufzubauenden Netzwerks der ortsansässigen Leistungsanbieter (darunter werden alle Dienst- und Serviceleistungen für Seniorinnen und Senioren verstanden) sein.

Die Beratungsstelle will einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Seniorinnen und Senioren in Bad Bergzabern gut und sicher leben. Umfassende Informationen und Hilfestellungen in den unterschiedlichsten Fragen des Lebens älterer Menschen sollen diesen Orientierung und Sicherheit gewähren.

Das Seniorenbüro der Stadt Bad Bergzabern – getragen von der evangelischen Kirchengemeinde der Kommune – wird als Partner der Stadt die Anlaufstelle organisieren. Die Beratungsstelle wird von einer ehrenamtlich tätigen Person mit kleiner Vergütung (200 Euro) betreut.

Ein Fernziel des Projektes ist der Ausbau der Beratungsleistung und deren Ausdehnung auf die ganze Verbandsgemeinde.

Die Leistungen der Zentralen Anlaufstelle für Seniorinnen und Senioren:

Die Zentrale Anlaufstelle für ältere Menschen beinhaltet zwei ständige Einrichtungen:

- Eine „Sprechstunde“ für ältere Menschen
- Ein Service-Telefon und eine Internet-Plattform

Die Sprechstunde

- Die eingerichtete „Sprechstunde“ ist als niedrigschwelliges Angebot konzipiert. Einmal in der Woche findet jeweils freitags ab 14 Uhr ein offenes Treffen im Gemeindehaus (Haus der Familie) statt, zu dem Seniorinnen und Senioren eingeladen werden. Die Idee ist, dass sich jeweils ein lokaler Leistungsanbieter an diesen Nachmittagen ein bis zwei Stunden lang präsentiert.
- So sollen Gespräche und Kontakte zwischen den älteren Menschen und den Leistungsanbietern ermöglicht werden. Auf diese Weise können Berührungspunkte auf Seiten der Senioren abgebaut werden, so dass bei zukünftigen Hilfebedarfen die Ansprechpartner persönlich bekannt sind und die Betroffenen wissen, an wen sie sich wenden können.
- Um Mitstreiter für ihre Sache zu gewinnen, hat die Projektgruppe mit Erfolg die örtlichen Leistungsanbieter angeschrieben und diese um Mitarbeit gebeten.

- In den ersten Sprechstunden informierten u. a. die AWO, die Tagesstätte für Senioren des Pfalzlinikums, der Seniorenbeirat, der Hospizdienst, ein auf barrierefreies Wohnen spezialisiertes Architekturbüro, ein Fußpflege-dienst und der lokale Optiker/Akustiker über ihre Leistungen.

Servicetelefon und Internetplattform

Neben der Sprechstunde sollen ein Service-Telefon und eine Internetplattform für ältere Menschen realisiert werden. Über das Service-Telefon, das an allen Wochentagen im Bürgerbüro der Verbandsgemeinde-Verwaltung erreichbar ist, soll eine Vermittlung an die Leistungsanbieter stattfinden. Die Internetplattform bietet den gleichen Service rund um die Uhr.

Wichtiges Hilfsmittel: Die Datenbank

- Die Basis für das Service-Telefon und die Internetplattform soll eine Datenbank mit den Kontaktdaten der in der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern tätigen Leistungsanbieter sein. Der Abruf der Informationen aus der Datenbank soll analog dem bereits existierenden Vereinsregister von „rlpDirekt“ ermöglicht werden.
- Die Datenbank soll anschließend dem Bürgerbüro der Verbandsgemeindeverwaltung zur Verfügung stehen, so dass von dort aus die Informationen an alle älteren Menschen der Verbandsgemeinde weitergegeben werden können.

Schritt 1: Bedarf erfassen

- Erstellung einer Checkliste der Themengebiete, die die Beratungsstelle abdecken soll
- Erstellung einer Liste bestehender lokaler Einrichtungen und Institutionen und ihrer Leistungen
- Ziel: Es soll ein Ist-Zustand der Bedürfnisse und des Bestandes erarbeitet werden.

Schritt 2: Aufgaben verteilen und Fördermittel einwerben

- Festlegung eines Soll-Zustandes, den es mittels verschiedener Maßnahmen zu erreichen gilt
- Die entsprechenden Aufgaben sollen so verteilt werden, dass alle vorhandenen Potenziale einbezogen werden. So kann vermieden werden, dass Konkurrenzsituationen zwischen verschiedenen vorhandenen Anbietern entstehen.
- Einwerben von Fördermitteln: Nach dem Start der Beratungsstelle in 2013 bewarb sich die Stadt Bad Bergzabern erfolgreich um die Aufnahme in das Bundesprogramm „Anlaufstellen für ältere Menschen“ des Bundesfamilienministeriums. In der ersten Phase des Programms, das mit 10.000 Euro ausgestattet ist, wird ein seniorenpolitisches Konzept erarbeitet. Hier sollen die Schwerpunkte der Seniorenarbeit vor Ort formuliert, Erfolge und Defizite beschrieben und Lösungsansätze für bestehende Problembereiche genannt werden.

Schritt 3: Motivierung der lokalen Leistungsanbieter, sich in dem Projekt zu engagieren

- Vernetzung der vorhandenen Leistungsanbieter mit ihren Angeboten in Bad Bergzabern
- Aufzeigen der Fehlstellen in der Versorgung älterer Menschen in Bad Bergzabern
- Motivierung möglichst ortsansässiger Dienstleister, diese Versorgungslücken zu schließen

Schritt 4: Aufbau der Datenbank:

- Die Projektgruppe erarbeitet eine Bestandsaufnahme der im Ort vertretenen Leistungsanbieter, die die Basis der Datenbank stellen.

Interview

Interview mit Hans Füß, ehrenamtlich engagiert in dem Projekt „Zentrale Beratungsstelle für Seniorinnen und Senioren in Bad Bergzabern“ und darüber hinaus im Seniorenbüro der Stadt.

LZG: Warum haben Sie sich für den Beteiligungsprozess „Gut leben im Alter“ in Bad Bergzabern engagiert?

Hans Füß: Maßgebend waren für mich u.a. folgende Argumente:

- Die Kurstadt hat schon heute einen Altersdurchschnitt, der deutschlandweit der Prognose für das Jahr 2030 entspricht.
- Die Seniorenarbeit unserer Kirchengemeinde ist darauf ausgerichtet, ein Angebot vorzuhalten, dass ältere Menschen solange als möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.
- Als freiwilliger Helfer in unserem Seniorenbüro ist es für mich der Solidargedanke, mitzuhelfen, die Lücke zu den sozialen Angeboten professioneller Dienstleister zu schließen.

LZG: Was sind/waren wichtige Faktoren für den Fortgang und das Gelingen des Projekts? Was sind/waren hinderliche Faktoren für das Projekt?

Hans Füß: Die Dimension der Bedürfnisse für die "immer weniger werdenden jungen Menschen" und für die "immer größere Zahl von Senioren" wird sich in den kommenden Jahren gravierend verschieben. Dies bedeutet eine große gesellschaftspolitische Herausforderung. Alle Generationen werden gebraucht. Denn nur ein Miteinander wird auch neue Chancen eröffnen. Freiwilliges Engagement wird jedoch dort an seine Grenzen stoßen, wo das Gefühl entsteht, alleine gelassen oder

ausgenutzt zu werden. Mit anderen Worten, es geht aus meiner Sicht nicht allein darum, dass "Junge Alte" motivieren und ihr Wissen, ihre Kraft und ihre Zeit an andere verschenken, sondern dass alle an dem Netz arbeiten müssen, damit niemand durch die Maschen zu fallen braucht.

LZG: Welche Form der Unterstützung des Projekts wünschen Sie sich – etwa von Ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, von der Kommune oder von der Landesregierung?

Hans Füß: Seniorenarbeit hat viel mit Vertrauen und Wertschätzung zu tun. Politische Aussagen dürfen also keine Lippenbekenntnisse sein. Um das Bewusstsein in der Öffentlichkeit zu schärfen, wäre es m. E. hilfreich, unter Fristsetzung von jeder Kommune ein seniorenpolitisches Konzept abzuverlangen, aus dem Lösungsabsichten für die Zukunft (z. B. barrierefreie Stadt, Citybus usw.) zu entnehmen sind. Eine entsprechende Forderung wäre mit der Auflage zu verbinden, das Konzept ständig zu aktualisieren, das heißt, an die jeweiligen Erkenntnisse innerhalb der Gemeinde anzupassen. Die Erwartungen der Senioren sollten jedenfalls nicht unterschätzt werden, was die Ergebnisse unserer Umfrage im Jahre 2011 mit 1.000 Rückmeldungen gezeigt hat.

LZG: Wären Sie bereit, Ihre Erfahrungen auch mit anderen interessierten Kommunen zu teilen?

Hans Füß: Ich denke ja. Aufbauarbeit im Sinne Ihrer Frage hat der Seniorenreferent unserer Kirchengemeinde an anderen Standorten erfolgreich bereits geleistet. Eine derartige Aufgabe sollte aber wegen des zeitlichen Umfangs grundsätzlich nicht von ehrenamtlichen Kräften erwartet werden.⁹

⁹ Wenn Sie Kontakt zur Projektgruppe wünschen, so wenden Sie sich bitte an die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V., Referat Gestaltung des demografischen Wandels. Wir leiten Ihren Kontaktwunsch weiter.

2.6 Handlungsfeld 4: Solidarität der Generationen stärken

Ein gutes Miteinander von Jung und Alt ist den Menschen in Rheinland-Pfalz wichtig. Es ist die Grundlage einer aufgeschlossenen, modernen und zukunftsorientierten Gesellschaft. Trotz der fortschreitenden Individualisierung und der mehr und mehr vom Beruf bestimmten Lebensverhältnisse, steht für die Menschen in Rheinland-Pfalz der Zusammenhalt der Familie an erster Stelle.

Die Diskussionen in den Beteiligungsworkshops „Gut leben im Alter“ haben gezeigt, dass es jedoch nicht mehr genügt, nur auf die klassischen Familien- und Nachbarschaftsstrukturen zu setzen. Vielmehr gilt es, neue Formen der Kommunikation, des Lernens voneinander und der gegenseitigen Unterstützung zu finden. So entstanden dann auch die meisten Projekte des Beteiligungsprozesses in den Bereichen Mehrgenerationenhäuser, Bürgertreffs und Begegnungsstätten.

Eines dieser Projekte, entwickelt im Workshop für den Stadtteil Daun-Boverath, wird im Folgenden dokumentiert.

Die Berechnungen für 2030 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz werden nur bis zur Stadtebene hinunter vorgenommen. Wenn diese Vorausberechnung auch nicht exakt auf die demografische Entwicklung des Stadtteils Boverath, in dem der Workshop stattfand, selbst anzuwenden ist, kann man dennoch für die kommenden Jahre eine Tendenz in der Bevölkerungsentwicklung erkennen. Entsprechend der Berechnung für die Stadt Daun wird auch die Bevölkerung im Stadtteil Boverath spürbar zurückgehen. Die Gruppe der Bewohnerinnen und Bewohner zwischen 65 und 80 sowie die Gruppe der über 80 Jährigen wird hingegen stark wachsen. Für die Bevölkerung im gesamten Landkreis erwarten die Statistiker einen deutlichen Rückgang.

Der „Boverather Dorftreff“

Demografieprofil: Stadt Daun, Landkreis Vulkaneifel ¹⁰

	2010	2030	Veränderung
Bevölkerung VB	23.151	20.241	-12,6 %
Bevölkerung VB 65-80 Jahre	3.690	4.647	25,9 %
Bevölkerung VB 80 Jahre und älter	1.456	1.938	33,1 %
Bevölkerung Landkreis	61.267	54.337	-11,4 %

¹⁰ Angaben aus: https://www.statistik.rlp.de/analysen/RP_2060/kreis/233.pdf

Die Arbeit im Workshop

Im ersten Teil der hier veranstalteten Zukunftswerkstatt und während der Kritikphase waren die Gefahr der Vereinsamung im Alter und die unzureichenden Möglichkeiten, diese zu überwinden, bestimmende Themen.

In der Utopiephase wurden dazu Ideen entwickelt. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wünschten sich generationenübergreifende Aktivitäten und einen entsprechenden Treffpunkt, den Jung und Alt besuchen können.

Aus diesen Ideen entwickelte sich in der Realisierungsphase das Projekt „Boverather Dorftreff“.

Das Projekt

Im „Boverather Dorftreff“ sollen Jung und Alt zusammenfinden können. Der Dorftreff will vor allem den alleinstehenden Menschen des Stadtteils die Möglichkeit geben, am Leben der Gemeinde teilzunehmen und mit Gleichgesinnten etwas zu unternehmen. Da es zudem in dem Stadtteil weder eine Kneipe noch ein Café gibt, schließt der Dorftreff diese Lücke.

Zudem kann der Dorftreff ein geografisches Bindeglied der Dorfgemeinschaft sein: Boverath ist ein langgezogener Stadtteil, durch etliche Höhenmeter in ein „unten“ und „oben“ geteilt. Das Thema der Integration („Wie bekommen wir die da unten mit denen da oben zusammen?“) der beiden Ortsteile stand schon immer auf der Agenda der Stadtteilverwaltung.

Der Dorftreff wird seit dem kommunalen Beteiligungsworkshop regelmäßig zwei Mal im Monat veranstaltet. Im Schnitt kommen 20 Personen im Alter zwischen 30 und 80 Jahren.

Die Umsetzung

Schritt 1: Die Bekanntmachung

Es wurde ein Raum in der Gemeinde gesucht und gefunden.

Die Bürgerinnen und Bürger werden über Postwurfsendungen zu den Treffen eingeladen.

Schritt 2: Das Programm planen

Früh wurde das Programm für die nächsten Treffen festgelegt. Während man in den Sommermonaten Aktivitäten im Freien plante (etwa Kräuter sammeln und gemeinsames Kochen, Wanderungen etc.), wurden für die Wintermonate verstärkt Veranstaltungen innen ins Auge gefasst: Neben verschiedenen Bastel-Themen wurden Fachvorträge zu den Bereichen Sicherheit, Testament und Patientenverfügung organisiert.

Der Treff bietet auch die Gelegenheit, die Dorfentwicklung nachzuvollziehen und mitzugestalten. So setzen sich die Beteiligten des Dorftreffs für die Erhaltung eines nahegelegenen Weihers ein. Anlass dafür war eine durch den Dorftreff organisierte Wanderung zu dem Weiher, an der sich über 40 Personen, zusammengesetzt aus allen Generationen, beteiligten. Eine spätere Auseinandersetzung mit der Geschichte des Gewässers und den aktuellen Planungen ergab, dass der Weiher, der einst zur Befüllung von Lokomotiven angelegt wurde, aufgelassen werden soll.

Workshop Daun-Boverath



Ein gutes Miteinander von Jung und Alt im neuen „Dorfzeit-Treff“ ist den Bürgerinnen und Bürgern in Daun-Boverath besonders wichtig.



Schritt 3: Ausweitung des Dorftreffs auf Jugendliche

Während bei den ersten Treffs auch die Generation „30 plus“ und deren Kinder angesprochen werden konnten, fehlte es noch an der Beteiligung von Jugendlichen.

Die Organisatoren wollen diese durch gemeinsame Spielnachmittage – auch Computerspiele – und gemeinsame Arbeitsprojekte in der Kommune, Stichwort Dorfverschönerung, zum Mitmachen gewinnen.

Interview

Interview mit Hildegard Appenzeller, federführendes Mitglied in der Projektgruppe „Boverather Dorftreff“.

LZG: Warum haben Sie sich für den Beteiligungsprozess in Boverath engagiert?

Hildegard Appenzeller: Weil ich mich in meinem Dorf engagieren wollte.

LZG: Was sind/waren wichtige Faktoren für den Fortgang u. das Gelingen de Projekts? Was sind/waren hinderliche Faktoren für das Projekt?

Hildegard Appenzeller: Förderlich ist vor allem, dass wir uns untereinander gut verstehen. Als hinderlich hat sich ein zu früher Termin für die Treffen der Projektgruppe herausgestellt (früher Nachmittag, während der Woche).

LZG: Welche Form der Unterstützung des Projekts wünschen Sie sich?

Hildegard Appenzeller: Ich wünsche mir, dass sich noch mehr Mitbürger einbringen. Außerdem wünsche ich mir von der Kommune und der Landesregierung mehr Anregungen und Ideen (z. B. besondere Aktionstage, Projekte, etc.).

LZG: Wären Sie bereit die Erfahrungen mit anderen zu teilen?

Hildegard Appenzeller: Ja.¹¹

¹¹ Wenn Sie Kontakt zur Projektgruppe wünschen, so wenden Sie sich bitte an die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V., Referat Gestaltung des demografischen Wandels. Wir leiten Ihren Kontaktwunsch weiter.

2.7 Handlungsfeld 5: Beteiligung älterer Menschen stärken

Der demografische Wandel bringt gesellschaftliche Veränderungen mit sich. Veränderungen, die wir nur meistern werden, wenn sich alle Generationen – auch die älteren Menschen – aktiv für unsere Gesellschaft einsetzen. Schon heute beteiligen sich Seniorinnen und Senioren an den Aufgaben der Gemeinschaft, helfen in Familie, Nachbarschaft und Kommune.

In diesem Zusammenhang wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den Beteiligungsworkshops die Bedeutung der ehrenamtlichen Betätigung diskutiert. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass es, will man zu bürgerschaftlichem Engagement motivieren, auch eine Einrichtung braucht, die den freiwilligen Einsatz organisiert – und Angebote bereithält. Denn so vielfältig die Motive sind, sich zu engagieren, so vielfältig sollte auch die Auswahl an ehrenamtlichen Tätigkeiten sein, die eine Gemeinde bereitstellt.

Aus diesem Grund entstand zum Beispiel aus dem Workshop in der Ortsgemeinde Weilerbach das Projekt einer Ehrenamtsbörse.

Die Bevölkerungsvorausberechnung für das Jahr 2030 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz für die Verbandsgemeinde Weilerbach weist einen Rückgang der Bevölkerung um 4,1 Prozent aus. Im gleichen Zeitraum wird der Teil der Bevölkerung, der zwischen 65 und 80 Jahre alt ist, um 44,3 Prozent stark ansteigen. Noch deutlicher wächst der Anteil der Bürgerinnen und Bürger über 80 Jahre in der Verbandsgemeinde, nämlich um 63,8 Prozent. Die Berechnungen des Statistischen Landesamtes werden nicht auf die Ortsgemeindeebene weitergeführt; gleichwohl ist hier mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen. Im Landkreis Kaiserslautern dagegen werden 2030 voraussichtlich bemerkbar weniger Menschen leben als es noch heute der Fall ist.

Die Ehrenamtsbörse „Bürger helfen Bürgern“ in Weilerbach

Demografieprofil: Verbandsgemeinde Weilerbach (VB), Landkreis Kaiserslautern ¹²

	2010	2030	Veränderung
Bevölkerung VB	13.915	13.350	- 4,1 %
Bevölkerung VB 65-80 Jahre	1.943	2.803	44,3 %
Bevölkerung VB 80 Jahre und älter	650	1.065	63,8 %
Bevölkerung Landkreis	105.428	94.578	-10,3 %

¹² https://www.statistik.rlp.de/analysen/RP_2060/kreis/335.pdf

Die Arbeit im Workshop

In der ersten Phase der während des Workshops durchgeführten Zukunftswerkstatt kritisierten die Anwesenden unter anderem, dass es an Hilfe im Alltag für ältere Menschen fehle, etwa eine persönliche Begleitung bei Amts- und Arztbesuchen. Zudem wurde bedauert, dass es kaum Kommunikation zwischen Alt und Jung in der Verbandsgemeinde gäbe.

Als Ergebnis der Utopie-Runde wurde festgehalten, dass man sich vor Ort zum Beispiel die Einrichtung von Hol- und Bringdiensten zu Kulturveranstaltungen, Ärzten oder Ämtern oder auch einen Einkaufsdienst wünsche. Um das hier zu Grunde liegende Thema „gegenseitige Unterstützung“ besser organisieren zu können, wünschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber hinaus den Aufbau einer Ehrenamtsbörse.

Konkretisiert wurden die Wünsche in der Realisierungsphase. Hier wurde beschlossen, eine Ehrenamtsbörse einzurichten.

Das Projekt

Die Ehrenamtsbörse „Bürger helfen Bürgern“ für die Ortsgemeinde Weilerbach ist eine Plattform für Menschen mit Hilfebedarf und solche, die sich gerne engagieren möchten. Der Schwerpunkt soll auf generationenübergreifenden Angeboten liegen. Neben der Einbindung jüngerer Menschen in das Projekt ist aber auch angedacht, das ältere Menschen Jüngeren, oder Seniorinnen und Senioren sich untereinander helfen.

Mögliche Hilfsangebote können sein: Einkaufs- und Besuchsdienst, Hol- und Bringdienst, Hausmeisterdienst, Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe, Lesepatenschaften, Haushaltshilfe, Begleitung bei Arzt- und Amtsgängen, Gartenarbeit, Beratung, Winterdienst und Nachbarschaftshilfe allgemein.

Die im Rahmen der Ehrenamtsbörse erbrachten Hilfsleistungen sollen in erster Linie punktuelle, zeitlich begrenzte Tätigkeiten sein. Dies entspricht mehr der Lebensrealität der Bewohner, die sich oft nicht längerfristig an ein Projekt binden wollen, aber doch grundsätzlich bereit sind, sich ehrenamtlich einzusetzen. Es wird aber auch begrüßt, wenn durch die Vermittlung dauerhafte private Hilfsbeziehungen entstehen.

Die Umsetzung

Schritt 1: Die Entwicklung eines Konzepts

Zur Ausgestaltung der Projektidee war eine Reihe von konzeptuellen Überlegungen notwendig, die etwa die Finanzierung der Ehrenamtsbörse, ihre inhaltliche Ausgestaltung und ihre Bewerbung betrafen.

Schritt 2: Die Einwerbung von Mitteln:

Um das Vorhaben auf den Weg zu bringen, wurde beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine finanzielle Förderung beantragt. Dem Antrag wurde stattgegeben und die Verbandsgemeinde Weilerbach erhielt für das Projekt „Ehrenamtsbörse“ aus dem Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“ 10.000 Euro.

Workshop Weilerbach

Nach dem Workshop in Weilerbach haben die Beteiligten die „Ehrenamtsbörse“ ins Leben gerufen.



Schritt 3: Das Büro

- Die Projektgruppe nutzt Räumlichkeiten der Ortsgemeinde Weilerbach. Das Team trifft sich alle drei bis vier Monate zur Projektkoordination.
- Das Projekt wird personell von der Projektgruppe getragen, die sich aus dem Workshop gebildet hat. Ein Mitglied übernimmt die Koordination von Angebot.

Schritt 4: Die Werbung für die Ehrenamtsbörse

- Um das Vorhaben in der ganzen Verbandsgemeinde bekannt zu machen, wurde es u. a. im Amtsblatt, über Flyer und durch Mundpropaganda beworben.

Schritt 5: Suche nach engagierten Bürgerinnen und Bürgern

- Mittlerweile stehen der Ehrenamtsbörse 20 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zur Verfügung.

Wie das Angebot funktioniert:

Über Flyer und Hinweise im Amtsblatt wird auf das Angebot hingewiesen und zur Kontaktaufnahme eine Handynummer veröffentlicht. Hier soll bei Bedarf angerufen werden. Den Telefondienst übernehmen drei ehrenamtliche Personen, die sich abwechseln. Diese können den Hilfesuchenden dann einen passenden Helfer oder eine Helferin nennen. Hierzu hat die Initiative einen Überblick, wer von den Helfern welche Talente zur Verfügung stellt. Die Art und Weise der Unterstützung entscheidet der Helfer selbst; er kann seine Hilfe selbst einbringen oder über sein Netzwerk die passende vermitteln. Grundsatz ist dabei, dass es sich um Hilfen im Sinnen nachbarschaftlicher Hilfen handelt und somit keine Konkurrenz zu gewerblichen Anbietern darstellt.

Im Vorfeld haben sich die Initiatoren über verschiedene Modelle kundig gemacht. Sie haben sich bewusst für diese einfache und unkomplizierte Form entschieden.

Interview

Interview mit Horst Bonhagen, Verbandsbürgermeister von Weilerbach und Mitglied des Projektes „Bürger helfen Bürgern“

LZG: Warum haben Sie sich für den Beteiligungsprozess in Weilerbach engagiert?

Horst Bonhagen: Die demografische Entwicklung stellt eine Herausforderung dar, der man sich stellen muss. Bei einer immer älter werdenden Gesellschaft ist es notwendig, die Belange älterer Mitbürger verstärkt zu berücksichtigen. In Weilerbach gibt es ein Seniorenheim (= Wohn- und Dienstleistungszentrum des DRK), ein Heim für Menschen mit Beeinträchtigungen und einen hohen Anteil an älteren Bürgern. Das alles sind Gründe dafür, sich für ein gutes Leben im Alter zu engagieren.

LZG: Was sind/waren wichtige Faktoren für den Fortgang und das Gelingen des Projekts? Was sind/waren hinderliche Faktoren für das Projekt?

Horst Bonhagen: Ein wichtiger Faktor für das Gelingen des Projektes war zunächst eine Initialzündung, die eigentlich im Workshop („Gut leben im Alter“) selbst erfolgte. Viele Ideen und Anstöße wurden sodann aufgegriffen und möglichst zeitnah umgesetzt. Auch das war sehr wichtig. Förderlich war die große Unterstützung des Projektes durch die Ortsgemeinde, deren Bürgermeister sich oft für die Belange der am Projekt beteiligten

Personen einsetzte und sich auch persönlich engagierte. So gewann er eine Reihe von ehrenamtlichen Mitstreitern. Einen finanziellen Anschlag gab der Bund. Spezielle hinderliche Faktoren können wir derzeit noch nicht benennen, doch es gilt, eine genügende Anzahl von Mitstreitern zu finden, um die Projekte dauerhaft zu etablieren.

LZG: Welche Form der Unterstützung des Projekts (von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, von der Kommune, von der Landesregierung) wünschen Sie sich?

Horst Bonhagen: Bisher war die Unterstützung durch die Kommune in hohem Maße

gewährleistet und es ist davon auszugehen, dass das auch in Zukunft so sein wird. Eine weitere finanzielle Beteiligung des Landes wäre hilfreich im Hinblick auf Akquise und Organisation. Eine „Schaltstelle“ für „Bürger helfen Bürgern“ könnte z. B. im Rathaus angesiedelt sein.

LZG: Wären Sie bereit, Ihre Erfahrungen auch mit anderen interessierten Kommunen zu teilen?

Horst Bonhagen: Gerne teilen wir unsere Erfahrungen mit anderen Kommunen und sind natürlich auch an deren Aktivitäten interessiert.¹³

¹³ Wenn Sie Kontakt zur Projektgruppe wünschen, so wenden Sie sich bitte an die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V., Referat Gestaltung des demografischen Wandels. Wir leiten Ihren Kontaktwunsch weiter.

2.8 Weitere Projekte aus den kommunalen Beteiligungsworkshops „Gut leben im Alter“

Aus den 18 Beteiligungsworkshops gingen 49 Projekte hervor, die sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune auseinandersetzen. Nicht alle Projekte konnten umgesetzt werden. An manchen Orten lösten sich die Projektgruppen nach ersten gemeinsamen Sitzungen wieder auf, wieder andere konstituierten sich gar nicht erst nach den Beteiligungsworkshops. Die Gründe für das Scheitern der Vorhaben sind mannigfaltig und werden im dritten Kapitel angesprochen. Der nachstehende Bericht stellt kurz die weiteren Projekte vor, die realisiert wurden und heute noch fortgeführt werden.

Im Anschluss an den ersten Beteiligungsworkshop des Beteiligungsprozesses „Gut leben im Alter“ in **Mainz-Lerchenberg** gründete sich eine Projektgruppe, die den Aufbau einer Tauschbörse verfolgte. Sie wird bis heute aktiv von fünf ehrenamtlichen Bürgerinnen des Stadtteils betreut. Teil der Tauschbörse ist das Programm „Wohnen für Hilfe“, in dessen Rahmen ältere Menschen des Stadtteils, die freien Wohnraum zur Verfügung haben und junge Menschen, etwa Studentinnen und Studenten aus Mainz, die eine Wohnung suchen, zusammengebracht werden sollen. Idee des Programms ist es, dass die jungen Mieterinnen und Mieter im Ausgleich für günstige Wohnbedingungen den älteren Vermieterinnen und Vermietern bei den Dingen des Alltags (Einkaufen, Hausputz, Gartenpflege etc.) zur Hand gehen. Ein „Pärchen“ fand schon zusammen; weitere „Wohngemeinschaften“ sind angedacht.

Der Beteiligungsworkshop im Stadtteil **Worms-Leiselheim** war mitverantwortlich für den Aufbau eines Netzwerks „Gut leben im Alter“, das sich u. a. zum Ziel gesetzt hat, bedarfsgerechte Maßnahmen für ältere Menschen vor Ort zu entwickeln. Daraus entstanden etwa monatliche Treffen mit Mittagessen unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ mit bis zu 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Darüber hinaus wurde ein Arbeitskreis Wohnen eingerichtet, der das Konzept „Leistung für Miete“ erarbeitete. Es wurde ein Angebot für (ausländische) Studentinnen und Studenten entworfen, dass sie mietfrei bei Seniorinnen und Senioren wohnen können, wenn sie im Haushalt, im Alltag, im Garten etc. helfen. Ein weiterer Arbeitskreis des Netzwerks beschäftigt sich mit dem Thema „Gesundheit im Alter“. Er organisiert Bewegungsangebote für Seniorinnen und Senioren und Veranstaltungen über Ernährungsfragen. Auf Dauer wird angestrebt, eine hauptamtliche Stelle zu schaffen, die die Aktivitäten und Kommunikation im Netzwerk koordiniert.

Die Projektgruppe „Bezahlbarer Wohnraum“, die aus dem Beteiligungsworkshop in **Speyer** entstand, arbeitet intensiv daran, dass in der Stadt ein Mehrgenerationenwohnprojekt mit günstigen Mieten realisiert wird. Neben Wohnungen für verschiedene Generationen soll es auch Raum für Aktivitäten Jugendlicher und Wohnraum für Asylsuchende geben. Zwölf Personen engagieren sich in der Gruppe und wollen später auch in das Haus einziehen. Die Beteiligten treffen sich jeden zweiten Montag im Monat und stehen in intensivem

Austausch mit den verschiedenen städtischen, gemeinnützigen und privaten Akteuren auf dem Gebiet Bauen und Wohnen. Bislang waren Versuche, das Projekt zum Thema der Stadtentwicklung zu machen noch nicht von Erfolg gekrönt. Da die Mitglieder der Gruppe aber persönlich mit dem Projekt verbunden sind (die Hälfte will Eigenkapital zum Bau einbringen, die andere feste Mietzusagen machen), sind sie zuversichtlich, in absehbarer Zeit die Unterstützung der verantwortlichen Akteure in der Stadt gewinnen zu können.

Das Nachtreffen zum Beteiligungsworkshop in **Vallendar** ergab, dass keine der Projektgruppen mehr aktiv ist. Die Projektgruppe „Begegnungsstätte“ wurde eingestellt, weil der tatsächliche Bedarf an Seniorentreffs vor Ort gedeckt ist. Eine erfolgreiche Weiterführung des Vorhabens „Seniorenrechtliches Wohnen“ wurde durch strukturelle Gründe verhindert: War zunächst geplant, in der Stadt bestehenden Leerstand für ein entsprechendes Wohnprojekt zu nutzen, zeigte sich, dass die in Frage kommenden Gebäude von der Wissenschaftlichen Hochschule am Ort als Wohnraum für ihre Studentinnen und Studenten gekauft und saniert werden.

Aus dem Beteiligungsworkshop im Stadtteil **Trier-Mariahof** ist die Projektgruppe „Kümmerer“, hervorgegangen. Gut zehn Ehrenamtliche engagieren sich bei den „Kümmerern“, deren Koordination vom örtlichen Pflegestützpunkt übernommen wird. Das Angebot beinhaltet u. a. einen Begleitservice fürs Einkaufen und Spazierengehen oder Fahrdienste für Hochaltrige. Das Beispiel Mariahof soll in Trier Schule machen und u. a. als Vorbild für einen ähnlichen Prozess im Trierer Stadtteil Kürenz dienen.

Der Beteiligungsworkshop im Stadtteil **Ludwigshafen-West** führte zum Aufbau von Netzwerkstrukturen, die ein gutes Leben im Alter in dem Quartier befördern sollen und in die die verschiedenen öffentlichen und privaten Akteure des Stadtteils eingebunden sind. Die Koordination läuft über das Stadtteilbüro bzw. über den Quartiersmanager, in Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche und der Moschee vor Ort. Auch wenn es nicht zu regelmäßigen Netzwerktreffen mit allen Beteiligten kommt, sind künftige Kooperationen durch die bestehenden Strukturen erleichtert. Darüber hinaus entstand auf der Veranstaltung die Idee eines „Erzählcafés“. Dieses wird weiterhin mit Erfolg angeboten. Aus dem „Erzählcafé“ haben sich auch „Stadtteilspaziergänge“ mit unterschiedlichen Schwerpunkten entwickelt.

In **Rettert** wurden nach dem Beteiligungsworkshop drei Projekte intensiv verfolgt: Die Einrichtung einer Begegnungsstätte, eines Dorfladens und die Verbesserung der medizinischen Versorgung vor Ort. Die Begegnungsstätte ließ sich trotz anfänglich großen Zuspruchs nicht dauerhaft einrichten. Für eine realistische Planung des Dorfladens wurde zunächst die Bevölkerung über ihr Kaufverhalten und ihren Bedarf befragt. Trotz des Wunsches der Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer, einen Dorfladen aufzubauen, scheiterte die Umsetzung letztlich an der Schwierigkeit, diesen zu finanzieren. Das letzte Projekt, die Sicherung der medizinischen Versorgung vor Ort, vor allem durch die Schaffung einer Stelle für eine Gemeindegeschwister, konnte auf der Ortsgemeindeebene nicht realisiert werden. Das Vorhaben ist aber nicht aufgegeben worden; es wird jetzt von der Verbandsgemeindeverwaltung in Kooperation mit

dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie weiterverfolgt.

Aus dem Beteiligungsworkshop in **Bobenheim-Roxheim** ging ein Bürgerbus-Projekt hervor. Die Umsetzung der Idee wurde von Anfang an dadurch erleichtert, dass eine ortsansässige Bank sich nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Zukunftswerkstatt bereit erklärte, einen achtsitzigen Bus zu finanzieren. Die Projektgruppe klärte in Verbindung mit der Kommune daraufhin die rechtlichen Bedingungen, organisierte Fahrer, erarbeitete eine Linienstrecke und klärte die Kosten für den laufenden Unterhalt des Busses. Schnell konnten 15 ehrenamtliche Fahrer gewonnen werden. Außerdem erklärte sich die Kommune bereit, die Unterhaltskosten des Linienbusses zu übernehmen.

Eine der Projektgruppen des Beteiligungsworkshops in **Höhr-Grenzhausen** engagierte sich für die Einrichtung eines Bürgerbusses. Die Kommune unterstütze dieses Vorhaben aktiv. Nach Bekanntwerden der Projektidee erklärte sich ein privater Busbetreiber bereit, die Wohngebiete, die vorher nicht an den ÖPNV angeschlossen waren, außerhalb der Hauptverkehrszeit montags bis freitags stündlich anzufahren. Für das Wochenende wurde ein Seniorentaxi eingerichtet. Obwohl es seit dem Beteiligungsworkshop deutliche Verbesserungen im Bereich „Mobilität“ gibt, ist die Projektgruppe noch immer aktiv. Aktuell wird die Frage diskutiert, wie die Mobilität in der Verbandsgemeinde grundsätzlich geregelt werden kann, ohne auf den privaten Pkw zurückgreifen zu müssen.

Eine weitere Gruppe aus **Höhr-Grenzhausen** befasste sich mit dem Projekt „Nachbarschaftshilfe“ für den Ortsteil **Hillscheid**. In wöchentlichen Sitzungen wurde ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit erstellt und eine Satzung verabschiedet.

Da die Nachbarschaftshilfe in Hillscheid erfolgreich läuft, soll sie über den Ort auf ganz Höhr-Grenzhausen ausgedehnt werden.

Außerdem ist aus dem Workshop der „Bienenstock“, ein Tagesbetreuungsangebot für Menschen mit Demenz, hervorgegangen. Das Angebot des „Bienenstocks“ umfasst Kurse von Seniortrainerinnen und -trainern zum Thema „Sport und Demenz“ oder Übungen zur Steigerung der Gedächtnisleistung. Zusammen mit dem lokalen Kindergarten gibt es gemeinsame Veranstaltungen mit Menschen mit Demenz und Kindern. Darüber hinaus will der „Bienenstock“ auch ein geselliger Ort für alle Seniorinnen und Senioren sein: Beim „Kaffeeklatsch“ können sich ein Mal die Woche interessierte Bewohnerinnen und Bewohner von Höhr-Grenzhausen dort treffen. Bei Bedarf sorgt ein Hol- und Bringdienst dafür, dass jeder, der kommen will, auch kommen kann.

Aus dem Beteiligungsworkshop in **Bad Sobernheim** gingen verschiedene Projektgruppen hervor, die sich mit den Themen „Information“, „Wohnen“, „Nachbarschaftshilfe“ und „Mobilität“ befassen. Eine weitere Projektgruppe – „Koordination“ – koordiniert die Tätigkeiten der Projektgruppen; z. B. organisiert sie Veranstaltungen für das Netzwerk (zuletzt zu den Themen Aufbau einer Nachbarschaftshilfe und Seniorenbeauftragte).

Die Projektgruppe Koordination setzt sich aus Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik und aus Fachleuten zusammen. Die Kommune hat zur Unterstützung der Projektarbeit eine Koordinationsstelle (fünf Stunden/Woche) eingerichtet. Die Projektgruppe „Information“ entwarf im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu Beginn ein Logo, das alle Veröffentlichungen der Projektgruppen kennzeichnet.

Auf diese Weise ist deren Arbeit leichter zu identifizieren und nachzuvollziehen. In der Folge wurden mit einem Fragebogen die Bedürfnisse der Anwohner zu verschiedenen Themen abgefragt und Informationsveranstaltungen organisiert.

Die Projektgruppe „Wohnen“ hat für die Gemeinde Nußbaum die Aufnahme in das Programm „Wohnpunkt RLP“ des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie beantragt und ist angenommen worden. Die Kommune wird nun ein Jahr lang von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung e. V. beim Aufbau einer Wohn-/Pflegegemeinschaft professionell beraten und unterstützt.

Die Projektgruppen „Nachbarschaftshilfe“ und „Mobilität“ haben im Verlauf ihrer Arbeit unter anderem festgestellt, dass ihre Ziele am leichtesten im Rahmen eines Vereins erreicht werden können. Da dies auch für die anderen Projektgruppen zutrifft, ist geplant, einen Verein zu gründen, unter dessen Dach in der Zukunft alle Projektgruppen arbeiten.



3. SO KANN ES WEITERGEHEN

DER AKTIONSPLAN FÜR IHRE KOMMUNE

Im Laufe des Beteiligungsprozesses „Gut leben im Alter“ wurden viele Bürgerinnen und Bürger und die entscheidenden Akteurinnen und Akteure der kommunalen Verwaltungen, der Vereine und Verbände, der Institutionen und Organisationen in Rheinland-Pfalz von der Landesregierung über die Folgen des demografischen Wandels informiert und dafür sensibilisiert, sich dessen Auswirkungen zu stellen. Darüber hinaus zeigten die 18 kommunalen Beteiligungsworkshops, dass auch die Bewohnerinnen und Bewohner der

ausgewählten Kommunen die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels erkennen und bereit sind, sich für ihr gutes Leben im Alter zu engagieren.

Für den Beteiligungsprozess und darüber hinaus gilt: Es gibt keine Idee, die so kompliziert ist, dass man sie nicht zum Inhalt eines Bürgerprojektes vor Ort machen könnte. Auch wenn man während des Beteiligungsprozesses feststellen konnte, dass manche Projekte wegen kommunaler Zustimmungspflicht, der

Abhängigkeit von politischen Mehrheiten und großem Finanzaufwand, schwer umzusetzen waren: Die Workshops haben gezeigt, dass praktisch alle geplanten Vorhaben realisiert werden konnten, wenn eine engagierte Gruppe und eine kooperative Verwaltung zusammenarbeiten, einen langen Atem haben und bestimmte Aspekte der Projektarbeit beachtet werden.

Die in den Nachtreffen zu den Workshops vorgenommene Analyse der Projektarbeit ergab verschiedene Faktoren, die zum Gelingen eines Vorhabens beitragen oder dessen Umsetzung behindern und ortsunabhängig gelten. Damit andere Kommunen von den hier gemachten Erfahrungen für einen eigenen Aktionsplan „Gut leben im Alter“ oder ein eigenes Projekt profitieren können, werden in der Folge verschiedene förderliche und hinderliche Aspekte genannt.

Externe Moderation des Projektprozesses:

Durch eine externe Moderation ist gesichert, dass der Prozess ergebnisoffen und neutral geführt wird. Die Beteiligten können sicher sein, dass ihre Argumente eingebracht und berücksichtigt werden. Wenn Interessensvertreter, etwa von den Kommunen oder lokalen Vereinen und Verbänden oder Bürgerinnen und Bürger des Ortes die Moderation übernehmen sind sie zudem mit dieser Tätigkeit so ausgefüllt, dass sie an dem Diskussions- und Realisierungsprozess nicht teilhaben können.

Die professionelle Moderation sichert auch, dass im Laufe des Prozesses die passende

Methode – Zukunftswerkstatt, Kommunalen Planungsworkshop, World Café etc. – zur Projektentwicklung unter Bürgerbeteiligung angewendet werden.

Bürgerbeteiligung sichern

Auch wenn es selbstverständlich klingt: Wenn Bürgerbeteiligung angestrebt wird, muss sie von Anfang bis Ende des Prozesses gesichert sein. Die gebildeten Projektgruppen bzw. die in ihnen engagierten Bürgerinnen und Bürger gehören an allen Entscheidungen beteiligt. In allen Projektphasen muss Transparenz herrschen, so dass neben allen Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch alle Bewohnerinnen und Bewohner der Kommune bzw. des Quartiers die Entwicklungen nachvollziehen können.

Kommune als Taktgeber und die Bedeutung der lokalen Akteure

Bei allem Engagement, bei allem Enthusiasmus der Bürgerinnen und Bürger – die Kommune muss bei der Ein- und Umsetzung von Beteiligungsprojekten der Motor sein. Die kommunale Verwaltung hat den besten Überblick über die Bedürfnisse und Nöte der Bürgerinnen und Bürger sowie den Veränderungsbedarf. Viele Vorhaben sind ohne die Zustimmung des Gemeinderates oder der Gemeindeverwaltung nicht zu erreichen oder setzen ein Wissen über die Kommunalgesetzgebung voraus. Zudem ist die Verwaltung in der Kommune am ehesten in der Lage, eine langfristige Begleitung von Bürgerprojekten zu gewährleisten. Deshalb sind auch in

einigen Workshop-Orten wie etwa in Bad Sobernheim oder Bad Bergzabern Koordinierungsstellen geschaffen worden, die die Abstimmung der Projektarbeit übernehmen.

Ebenso gilt es von Beginn an, einen breiten Unterstützerkreis aus den lokalen Einrichtungen, Vereinen und Verbänden, Trägern, dem Einzelhandel und dem Dienstleistungsgewerbe zu gewinnen – siehe das Beispiel Bad Bergzabern. Je umfassender die Bürgerinnen und Bürger und die anderen lokalen Gruppen an den Projekten beteiligt sind, desto mehr steigen die Chancen, diese zu realisieren.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Beteiligungsprozess hat gezeigt, dass der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in jeder Phase der Projektarbeit eine große Bedeutung zukommt. Ob noch am Anfang, im Entwurfsstadium oder schon in der Projektphase: Eine gute und geplante Öffentlichkeitsarbeit sollte immer ein tragendes Element der Bemühungen sein, weil die Projektträger auf jeder Stufe des Umsetzungsprozesses darauf angewiesen sind, ihr Vorhaben bekannt zu machen, etwa um Mitwirkende und Kooperationspartnerinnen und -partner zu gewinnen oder Fördergelder einzuwerben.

Die erfolgreichen Beteiligungsprojekte haben alle ihnen zur Verfügung stehenden Medien genutzt – Zeitung, Amtsblatt, Vereinsblättchen, Flyer, Aushänge, Internet, soziale Netzwerke etc. – um auf sich aufmerksam zu machen und für ihre Ziele zu werben. Als

nützlich hat es sich auch erwiesen, für die Initiative ein Logo zu entwickeln, wie etwa in Bad Sobernheim geschehen. Zum einen ist ein eigenes Logo allgemein ein das Projekt aufwertendes Symbol gemeinsamer Ziele. Zum anderen ist es Teil einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit, weil der Wiedererkennungswert des Projekts steigt und dem Betrachter ohne viele Worte die Ziele des Vorhabens vermittelt werden können.

Ein positiver Nebenaspekt der Öffentlichkeitsarbeit ist außerdem, dass andere Kommunen oder Stadtteile – wie in Trier – oder aus der Ortsgemeinde heraus die ganze Verbandsgemeinde – siehe Hillscheid und Höhr-Grenzhausen – motiviert werden können, sich ähnlichen Projekten zu widmen.

Bürgerbus

Eine Erkenntnis aus dem Beteiligungsprozess – vor allem aus den Projekten in den Stadtquartieren – ist, dass es offensichtlich leichter ist, einen Bürgerbus von Grund auf zu organisieren als den städtischen oder kommunalen Busfahrplan ändern zu lassen.

Tatsächlich scheiterten alle Projekte, die Mobilität in ihrem Wohnbereich zu verbessern, wenn sie versuchten über den Öffentlichen Personennahverkehr neue Bushaltestellen oder eine höhere Taktfrequenz zu erreichen, siehe Ludwigshafen-West. Dagegen war die Erfolgsquote sehr hoch, wenn das Ziel des Projektes – wie etwa in Lingenfeld – die Einrichtung eines neuen Bürgerbusses war.

Fördermöglichkeiten nutzen

Geldmangel ist eines der größten Hindernisse, ein lokales Projekt umzusetzen. Da auch die Kommunen oft nicht über ausreichende Mittel verfügen, um Vorhaben abseits der Haushaltsplanung durchzuführen, ist es von großer Bedeutung, Sponsoren zu gewinnen oder sich um finanzielle Förderungen zu bemühen. Nicht wenige der aus dem Beteiligungsprozess entstandenen Projektgruppen warben Sponsorengelder von ortsansässigen Banken und Unternehmen ein (Lingenfeld, Bobenheim-Roxheim, Sprendlingen). Ebenso waren manche mit ihren Bewerbungen um Finanzmittel staatlicher Programme erfolgreich, wie etwa der Förderinitiative des Bundesfamilienministeriums „Anlaufstellen für ältere Menschen“ (Weilerbach, Bad Bergzabern).

Es ist deshalb zu empfehlen, zum einen den ortsansässigen Unternehmen und Dienstleistern ihre Verantwortung für die Ortsentwicklung deutlich zu machen, um sie als mögliche Sponsoren frühzeitig in den Beteiligungsprozess einzubinden. Zum anderen gilt es, sich über die verschiedenen Förderprogramme zu informieren. Das Land Rheinland-Pfalz etwa hat in der Aufsichts- und Dienstleistungsbehörde in Trier die Stelle eines Förderlotsen eingerichtet, der umfassend Auskunft über kommunale Förderprogramme des Landes geben kann. Zudem ist es ratsam, Informationen über die Förderprogramme der Kreise, des Bundes und privater Einrichtungen wie Stiftungen einzuholen.

Neue Mitstreiter finden – Demografie-Netzwerke gründen

Auch wenn sich einmal eine funktionierende Gruppe gefunden hat, ist es doch wichtig, immer weiter nach neuen Mitstreiterinnen und Mitstreitern Ausschau zu halten – entweder im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder durch persönliche Ansprache. Jedes Vorhaben lässt sich leichter verwirklichen, wenn es auf mehreren Schultern liegt; Ausfälle sind so leichter zu verkraften.

Da das Thema „Demografischer Wandel“ im Allgemeinen und das Thema „Gut leben im Alter“ im Speziellen die Dorf- oder Stadtgesellschaft im Ganzen betreffen, ist es förderlich, alle wichtigen Akteure vor Ort im Rahmen eines Demografie-Netzwerks zusammenzubringen. Die hierdurch erleichterte aktive Selbststeuerung der regionalen Entwicklung hilft bei der Erarbeitung und Umsetzung von Projekten und bei der Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels. Das Demografie-Netzwerk als ständige Einrichtung, über einzelne Vorhaben hinaus, bringt Vorteile durch mögliche Arbeitsteilung, verbesserte Ressourcenzugänge und Informationsgewinnung ohne Autonomieverlust. Gerade wenn innovative Lösungen und ein breiter Konsens gefunden werden sollen, bietet sich das Netzwerk als flexible Organisationsform an.

Bildnachweis:

Titel: © FredFroese – istockphoto.com

Seite 8: © Dean Mitchell – istockphoto.com

Seite 24: © Christopher Futcher – istockphoto.com

Seite 53: © monkeybusinessimages – istockphoto.com

Seite 10, 12, 13, 27, 33, 36, 42, 46: © LZG



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

Bauhofstraße 9

55116 Mainz

www.msagd.rlp.de